



## PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

### 17. Sitzung des 12. Legislaturperiode vom 06.12.2016

Vorsitz	Ratspräsidentin	Irina Bannwart
Anwesend	Gemeinderat	32 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident Stadtrat	René Huber Max Eberhard Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Priska Seiler Graf Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Rebekka Schütz
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Matthias Rieder, glp René Roser, SP
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:15 Uhr – 21:05 Uhr	

## Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Motion; GRPK; Für eine aktivere Vermarktung stadteigener Infrastrukturen in Kloten (5720)  
Antrag und Beschluss über die Überweisung an den Stadtrat
- 4 Interpellation; Sigi Sommer (SP); Leistungsüberprüfung 2016 (5722)  
Begründung durch die Interpellantin
- 5 Ersatzwahlen Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2014-18 (2739)  
Ersatzwahl für Fabienne Kühnis, Grüne; per 6.12.2016
- 6 Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK; Amtsperiode 2014-18 (2694)  
Ersatzwahl für Kurt Hottinger, SVP; per 1.1.2017; für den Rest der Amtsperiode 2014-18
- 7 Voranschlag 2017 und Festsetzung Steuerfuss 2017 (3794)

Aus dem Gemeinderat entschuldigt sind Mathias Rieder, glp, und René Roser, SP.

Aus dem Stadtrat ist niemand entschuldigt, Priska Seiler Graf wird lediglich etwas später dazu stossen.

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass die Einladung und die Unterlagen fristgerecht am 24.11.2016 versandt wurden. Auch die Aktenaufgabe ist ordnungsgemäss erfolgt.

Beim Traktandum 7, Voranschlag 2017 und Festsetzung Steuerfuss 2017, wird Kurt Hottinger, SVP, auf Grund möglicher Interessenskonflikte mit seinem zukünftigen Amt als Stadtrat und auf persönlichen Wunsch hin, in den Ausstand treten.

Gegen die Traktandenliste liegen keine Einwände vor.

**1**

### Protokollgenehmigung

Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung Nr. 16 vom 1. November 2016 sind in der vorgegebenen Zeit keine Einwände eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

## 2

### Mitteilungen

#### Mitteilungen aus der Ratsleitung:

Die Ratsleitung hat die Gemeinderatssitzungsdaten für das Jahr 2018 festgelegt. Die Ratssekretärin wird in der nächsten Woche diese Termine an alle Gemeinderäte per E-Mail versenden.

#### Keine Mitteilungen aus dem Gemeinderat.

#### Mitteilungen aus dem Stadtrat:

Der Stadtrats-Beschluss 184-2016 vom 22.11.2016 wurde per E-Mail am 24.11.2016 versendet.

Der Stadtrat hat die neue Konstituierung per 1.1.2017 beschlossen. Es haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Regula Kaeser-Stöckli ist neu ab dem 1. Januar 2017 2. Vize-Präsidentin.

Roger Isler wird neu Ressortvorstand Raum + Umwelt und Stellvertreter im Ressort Sicherheit.

Kurt Hottinger wird neu Ressortvorstand Bildung und Stellvertreter im Ressort Bevölkerung.

3

**Motion; GRPK; Für eine aktivere Vermarktung stadteigener Infrastrukturen in Kloten (5720)  
Antrag und Beschluss über die Überweisung an den Stadtrat**

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK (ohne Unterschrift von Kurt Hottinger) hat am 1.11.2016 folgende Motion eingereicht:

**Motion:**

**Für eine aktivere Vermarktung stadteigener Infrastrukturen in Kloten**

**Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept für eine umfassende und nachhaltige Vermarktung stadteigener Infrastrukturen zu erarbeiten, um eine Steigerung des Ertrages aus diesen Infrastrukturen zu erreichen.**

Im härter werdenden Konkurrenzkampf um die Vermarktung von Infrastrukturen und für eine optimale Auslastung der eigenen Sportstätten und Räumlichkeiten vertrauen immer mehr Gemeinden auf eine aktive Vermarktung.

Für die GRPK sind dies Zeichen, dass die Stadt in Bezug auf die Vermarktung von eigenen Räumlichkeiten und Sportstätten aktiver auftreten sollte.

Die GRPK lädt den SR ein, bei möglichen Unklarheiten jederzeit auf uns zuzukommen.

Wir danken für die Entgegennahme und Ausschaffung eines Konzeptes.

**Wortmeldung aus der GRPK (Vorstösser) und Antrag zur Überweisung an den Stadtrat:**

Peter Nabholz:

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Konzept für eine umfassende und nachhaltige Vermarktung von stadteigenen Infrastrukturen zu erarbeiten, um eine Steigerung des Ertrages aus diesen Infrastrukturen zu erreichen. Im härter werdenden Konkurrenzkampf um die Vermarktung von Infrastrukturen und für eine optimale Auslastung der eigenen Sportstätten und Räumlichkeiten vertrauen immer mehr Gemeinden auf eine aktive Vermarktung. Für die GRPK sind dies Zeichen gewesen, dass die Stadt im Bezug auf die Vermarktung von eigenen Räumlichkeiten und Sportstätten aktiver auftreten soll. Ich möchte die Motion in diesem Sinne auch ein bisschen in der Erklärung verlängern, da doch verschiedene Stadträte und auch Geschäftsleitungsleitungsmitglieder aus der Verwaltung uns angefragt haben und um noch ein bisschen nähere Informationen gebeten haben. Die Ausgangslage ist folgende: Interessierte, die in Kloten Sportstätten oder öffentliche Räumlichkeiten mieten wollen, sollen möglichst wenig Aufwand haben und nicht von Pontius zu Pilatus gehen müssen. Heute sind verschiedenste Klotener Amtsstellen tätig: Die Einen sind für die Vermietung, die Anderen für die Vertragsausfertigung und wieder Andere für die Betriebsbewilligungen und noch Weitere für Zutritt und Fahrbewilligungen zuständig. Gleichzeitig sind sie auch vielfach erste Anlaufstellen. Die verschiedenen Instanzen sind unter dem Bereich Finanzen + Logistik die Liegenschaftenverwaltung, unter dem Bereich Einwohnerdienste + Soziales das Stadtbüro und dort der Infoschalter, im Bereich Freizeit + Sport ist dies das Marketing unter der Abteilung Administration, im Bereich Lebensraum + Sicherheit ist das Polizeisekretariat zuhause, um nur ein paar zu nennen. Am Beispiel von Anfragen zur Vermietung von Liegenschaften ist die Liegenschaftenverwaltung zuständig, gleichzeitig aber ist

der Infoschalter für die Vermietung der Waldhütte zuständig. Beim Bereich Freizeit + Sport ist das Marketing im Organigramm unter der Abteilung Administration. Je nachdem ob der Interessierte dort das Konferenzzentrum, das Foyer, dieses Sitzungszimmer oder das untere Sitzungszimmer oder eine Sporthalle mieten möchte, muss er sich erst mühsam durchklicken. Am Beispiel für Mietanfragen für Events in der SWISS Arena sind unter dem Link der Stadt vier Stellen erwähnt: Die Eislaufkasse, die Eiskoordination, der Eislaufmeister und am Schluss das Restaurant Stadion Schluefweg. Was passiert, wenn das Stadion im Sommer gemietet werden möchte? Vielleicht müsste in diesem Bereich auch mit dem seit diesem Jahr veränderten Catering gesprochen werden. Natürlich sehen wir die Logik der Zuteilung der erwähnten Abteilungen unter ihren Bereichen. Aber weiss ein Nicht-Klotener, der Interessierte an einer Veranstaltung, die genaue Aufteilung innerhalb der Klotener Stadtverwaltung?

Mögliche Aktionsfelder:

Erstens: Um die Unsicherheit der Schnittstellenproblematik zu umgehen, sollte möglicherweise ein zentraler Ansprechpartner eingeführt werden.

Zweitens: Gibt es tatsächlich eine Möglichkeit, dass die beiden Marketingstellen in Kloten, diese 50%, die der Stadtrat letztes Jahr ins Leben gerufen hat für den Stadtplatz und die Administration Freizeit + Sport, das heisst dort die Marketingabteilung, miteinander arbeiten zu lassen um mögliche Synergien zu nutzen. Die bereits vorhandenen beiden Marketingstellen können so auch Know-how zusammenbringen.

Das sind mögliche Aktionsfelder. Die Mitglieder der GRPK möchten auf keinen Fall das „Wie“ dem Stadtrat vorgeben. Das überlassen wir unserer Exekutive, die für das verantwortlich zeichnet.

Ein paar kleine Beispiele und mögliche Verbesserungen: Kloten ist auf Internetplattformen äusserst zaghaft unterwegs. Auch bei der Halle Ruebisbach kann ein Fremd-Mieter keine Möglichkeiten haben, auf Zugang zu den Gerät- und Spielmaterial Räumlichkeiten. Auch dort müssten Verbesserungen passieren. Möglicherweise müssen wir damit rechnen, dass auf Grund der qualitativen Veränderungen auch mögliche Kosten mit dieser Motion verbunden sind. An einem Beispiel, das letztes passiert ist, Beispiel „Cybathlon“: Der breit beachtete Wettkampf der ETH für behinderte Sportlerinnen und Sportler, die dank ausgeklügelten technischen Hilfen Spitzenleistungen erbracht haben, sind auf grosse Räume angewiesen. Mangels Platz in Zürich, das momentan nicht fähig erscheint, ein Kongresshaus bauen zu lassen, was ihnen sogar mehrheitlich bezahlt werden würde, müssen wir doch in Kloten solche Momente ausnutzen. Der Event war ein Schaufenster für die Forschung und Entwicklung unserer ETH. Aber auch für die Stadt selbst ist das beste Werbung. Die Hochschule würde einen solchen Anlass kaum durchführen, wenn sie keinen Nutzen davon hätte. Das Eisstadion ist ein Treffen um Wissen auszutauschen. Es muss nicht nur zwingend Verkauf von Waren und Dienstleistungen sein oder Generalversammlungen, die heute schon stattfinden – sehr gut. Wir sollten in diesem von Zürich vernachlässigten Bereich aktiver werden. Wir haben in Kloten die Ressourcen dafür, noch besser im Marketing zu werden. Wir haben die fachlichen Kompetenzträger hier bei uns in allen Bereichen der Stadt. Wir haben die physischen Ressourcen: Gebäude, Infrastrukturen und Anlagen. Und wir haben die technologischen Ressourcen. Wir sind sogar vom Markennamen her Sportstadt, Flughafenstadt, Eishockeystadt und bald, wie man in den Medien gelesen hat, auch Volleyballstadt. Wir müssen die fachlichen, physischen und technologischen Ressourcen organisatorisch eigentlich nur an einen roten Faden bringen, um diese miteinander zusammenzuführen. Mit diesem Konzept, das diese Werte einschliesst, könnten wir eine umfassende und nachhaltige Vermarktung erreichen. Mit dem Ziel, einen Wettbewerbsvorteil zu haben und unseren Ruf als Eventstadt noch weiter zu verbessern, um einen finanziellen Mehrwert für Kloten zu erreichen.

Ich komme zum Schluss: Wir müssen die grossen Vermarktungschancen unserer Stadt nutzen und auch nach neuen Zielgruppen Ausschau halten. Wir laden den Stadtrat und auch die Verwaltungspersonen herzlich ein, mit der GRPK zu interagieren, falls dies von euch gewünscht ist. Wir in der GRPK erheben nicht eingebildeten den Anspruch, Marketingprofis zu sein, beileibe nicht. Aber wir sehen uns in unserer vorberatenden Arbeit und der detaillierten Einsicht in den Voranschlag und in die Rechnung rund um die Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und auch der Notwendigkeit einige Punkte und Felder, die wir heute im Beispiel haben nennen

können und könnten noch weitere Verbesserungen nennen. Mit dieser Motion wollen wir erreichen, dass auf Seiten des Stadtrates keine Unsicherheiten mehr entstehen, wie beim letzten Postulat mit ähnlichem Titel.

Die Mitglieder der GRPK beantragen die Überweisung dieser Motion durch den Gemeinderat.

**Keine Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Wortmeldung aus dem Stadtrat:**

Regula Kaeser-Stöckli, Ressortvorsteherin Bevölkerung:  
Der Stadtrat ist bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Irina Bannwart, Ratspräsidentin:  
Gibt es dazu nochmals Wortmeldungen aus dem Rat?  
Möchten die Fraktionen Zeit, sich nochmals zu besprechen oder ist dies nicht gewünscht?  
Der Gemeinderat bleibt somit dabei, dass dieses Geschäft als Motion an den Stadtrat überwiesen wird.

**Abstimmung zur Überweisung Motion an den Stadtrat:**

Offensichtliche Mehrheit.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat überweist die Motion „Für eine aktivere Vermarktung stadteigener Infrastrukturen in Kloten“ zur Ausarbeitung eines Konzeptes in der Frist von 9 Monaten (Termin Vorlage der Antwort im Stadtrat: 5.9.2017) an den Stadtrat.

4

**Interpellation; Sigi Sommer (SP); Leistungsüberprüfung 2016 (5722)**

**Begründung durch die Interpellantin**

Sigi Sommer, SP, hat am 1.11.2016 folgende Interpellation eingereicht:

**Interpellation: Leistungsüberprüfung 2016**

Der Regierungsrat stellte an seiner Pressekonferenz vom 13. April 2016 die Vorlage für die sogenannte «Leistungsüberprüfung 2016» vor.

Diese Vorlage enthält auch viele Massnahmen, durch welche für die Stadt Kloten und allen anderen Gemeinden im Kanton Zürich Mehrausgaben entstehen.

Aus diesem Grund stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

- Wie gross werden die finanziellen Folgen der «Leistungsüberprüfung 2016» für die Stadt Kloten sein?
- In welchen Bereichen werden Mehrkosten anfallen?
- Wird es eine Entlastung zu Gunsten des Steuerkraftausgleichs geben?
- Wenn ja in welchem Verhältnis steht sie zu den Kosten, die uns entstehen?

Vielen Dank schon im Voraus für die Beantwortung meiner Fragen.

**Begründung der Interpellantin:**

Sigi Sommer, SP:

Seit der Pressekonferenz des Regierungsrates am 13.4.2016 sind die Grundzüge der sogenannten Leistungsüberprüfung 2016 bekannt. Neben neuen Einnahmequellen und drastischen Kürzungen werden auch verschiedene Beiträge neu an die Gemeinden belastet. Dem Regierungsrat schweben verschiedene Massnahmen zur Verbesserung des Kantonshaushaltes vor. Der kantonale Finanzausgleich wird betroffen sein. Es wird höhere Abschöpfungen bei den finanzstarken Gemeinden und/oder tiefere Zuschüsse an finanzschwache Gemeinden geben. Es werden Entschädigungen an die Kantonspolizei erhöht, wenn sie gemeindepolizeiliche Aufgaben übernehmen müssen. Es sollen Subventionierungen von den dezentralen Drogenhilfen eingestellt werden. Da kann ich nur sagen, gespart am falschen Ende. Beiträge an die Invalideneinrichtungen, zum Beispiel an unsere Pigna, werden auf dem Niveau 2016 eingefroren, wenigstens nicht reduziert. Aber dies ist nur ein sehr kleiner Wehrmutstropfen. Die Gemeinden müssen sich hälftig an den jährlichen Einlagen des Kantons Zürich in den Fonds der Bahninfrastruktur beteiligen. Es werden Abstriche bei der Erweiterung des ZVV-Angebotes gemacht und ich frage mich, wie das natürlich unsere Glattalbahnpläne beeinträchtigt. Der Kanton rechnet aber vor, dass in den ÖV-Belangen keine Mehrkosten auf uns zukommen, da es eine Entlastung des ZVV-Defizites geben soll und Pendler in Zukunft weniger Steuerabzüge machen dürfen. Das heisst ja dann eigentlich, mehr Steuereinnahmen für uns als Gemeinde. Das gilt aber für Kloten wohl nicht, da bei uns ja, wie man gelesen hat, die juristischen Personen den grössten Teil der Steuereinnahmen ausmachen.

Dann zur Volksschule: Die Schulleiterkosten werden voll an die Gemeinden abgegeben. Dann der Staatsbeitrag zum Fach „Religion und Kultur“ in der Mittelstufe wird eingestellt. Für mich einer der falschesten Entscheide, da genau dieses Fach in der Konstellation der heutigen Welt und besonders auch hier in unserer Multikulti-Schweiz so enorm wichtig ist. Es muss so früh wie möglich Thema sein. Und bitte Elsbeth Fässler, Bereichsleiterin Bildung + Kind, und auch unser neuer Stadtrat Kurt Hottinger: Es ist so wichtig, kulturelle Aufklärung so früh wie möglich zu machen. Und eigentlich würde ich euch gerne das Versprechen abnehmen, dass ihr diesem Fach Sorge tragt. Und jetzt kommt es: Das kantonale Energieförderungsprogramm wird eingestellt. Was für ein fataler Entscheid. Es ist ein Fehler und schon fast ein Frevel an unserer Umwelt und dann letztlich natürlich auch an uns allen. Es gibt noch mehr Kostenreduzierungen, die ich nun nicht genannt habe, welche Kloten nicht direkt auf den ersten Blick betreffen, aber sicher im ganzen kommunalen Gefüge indirekt dann natürlich schon. So habe ich dann auch meine Fragen gestellt: Wie gross werden die finanziellen Folgen der Leistungsüberprüfung 2016 für die Stadt Kloten sein? In welchen Bereichen werden Mehrkosten anfallen? Wird es eine Entlastung zugunsten des Steuerkraftausgleichs geben? Und wenn ja, wie hoch werden die sein, im Verhältnis zu den Kosten die uns entstehen? Ich bin schon sehr gespannt auf diese Antwort und freue mich, dass ich diese Antwort entgegennehmen darf.

**Keine Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Wortmeldung aus dem Stadtrat:**

Mark Wisskirchen, Ressortvorstand Gesundheit + Ressourcen:

Der Stadtrat ist bereit, die Auslegeordnung zu dieser Interpellation LÜ16 zu machen.

**Es ist keine Überweisung nötig.**

5

**Ersatzwahlen Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2014-18 (2739)**

**Ersatzwahl für Fabienne Kühnis, Grüne; per 6.12.2016**

Mit dem Schreiben vom 2.11.2016 hat Fabienne Kühnis ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro aus beruflichen Gründen mitgeteilt.

Die Grünen schlagen als Ersatz **Frau Zrinka Marunic, Kirchgasse 5D, 8302 Kloten**, zur Wahl als Wahlbüromitglied für den Rest der Amtsdauer 2014-18, vor.

Es freut mich, dass Frau Marunic auch heute als Zuschauerin auf der Tribüne ist.

Thomas Bieri, Präsident IFK:

Die IFK schlägt einstimmig Frau Zrinka Marunic zur Wahl vor.

**Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt oder geändert.**

**Der Wahlvorschlag wird somit stillschweigend genehmigt.**

Herzlichen Glückwunsch an Frau Marunic.

**Beschluss:**

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros für die restliche Amtsdauer 2014-18 wird Frau Zrinka Marunic, Kirchgasse 5D, 8302 Kloten, gewählt.

**Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK; Amtsperiode 2014-18 (2694)  
Ersatzwahl für Kurt Hottinger, SVP; per 1.1.2017; für den Rest der Amtsperiode 2014-18**

Per 31.12.2016 tritt Kurt Hottinger, SVP, aus dem Gemeinderat und somit auch aus der GRPK zurück.

Thomas Bieri, IFK-Präsident:

Die Nominierung für diesen Sitz hat in der IFK für Diskussionen gesorgt. Einerseits ist für alle Fraktionen klar, dass es diesbezüglich zwei Beschlüsse gibt. Einerseits, dass man vereinbart hat, dass alle Fraktionen in der GRPK vertreten sein sollen. Und dann gibt es einen zweiten Beschluss, wonach die glp für diese Amtsdauer bis Ende Legislatur auf ihren Sitz verzichtet hat. Umstritten war dann schliesslich, wie man nun quasi mit diesen zwei Vereinbarungen, mit diesen zwei Beschlüssen umgehen sollte. In einem Mehrheitsbeschluss schlägt die IFK dem Rat Roman Walt von der glp als Ersatz für den Sitz in der GRPK vor.

Irina Bannwart, Ratspräsidentin:

Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt oder geändert?

Beat Vorburger, FDP:

Im Namen der IFK-Minderheit stelle ich den Antrag, dass man Rico Käser, SVP, wählt.

**Wortmeldungen aus dem Rat:**

Christoph Fischbach, SP:

Thomas Bieri hat den Sachverhalt dargelegt. Dieser ist unbestritten. Es geht eigentlich um die Frage der Gewichtung der beiden Beschlüsse, die da sind. Und wie gesagt, der eine Beschluss, der ursprüngliche Beschluss, ist gewesen, dass man alle Fraktionen in der GRPK vertreten haben wollte. Unisono. Da sind wir parteiübergreifend alle einstimmig dieser Meinung gewesen anfangs Legislatur. Der zweite Beschluss, beziehungsweise ist das in meinen Augen eher eine Information gewesen der glp, dass sie bis Ende Legislatur auf diesen Sitz verzichten wollen nach dem Rücktritt von Jürg Schär vor 1-2 Jahren, wann genau das war weiss ich jetzt auch nicht mehr. Jedenfalls bin ich etwas überrascht, dass man jetzt in diesem Sinne da so lapidar den ersten, einstimmigen Beschluss zur Seite kehrt und sagt: Die glp hat ja gesagt: „Wir verzichten bis Ende Legislatur.“ und darum krallen wir uns diesen Sitz unter den Nagel, die SVP. Denn die glp wäre nun wieder bereit, diesen Sitz in der GRPK mitnehmen zu können. Denn die Situation, wie dazumal beim Rücktritt von Jürg [Schär Jürg, glp], hat sich wieder geändert. Und deshalb bin ich der Meinung, dass eigentlich der erste Beschluss viel höher zu gewichten wäre, sprich dass die glp in der Person von Roman Walt diesen Sitz wieder wahrnehmen könnte. Das zeigt mir einfach einmal mehr, dass die Mehrheit im Gemeinderat – das beinhaltet vor allem die SVP – mit ihrer wirklichen Arroganz der Macht an den Tag legt. Obwohl sie Anfangs der Legislatur immer wieder gesagt hat, wir gehen sorgsam mit der Macht um, in diesem Sinne mit den Mehrheitsverhältnissen. Aber bei jeder Möglichkeit, die es gibt, wird knallhart das Powerplay ausgespielt und ihre eigene Macht wird ausgebaut. Und auch in diesem Fall finde ich es absolut nicht in Ordnung, dass man da jetzt... Obwohl man anfangs Legislatur gesagt hat, man nehme Rücksicht auf die kleineren Parteien. Und kaum gibt es wieder eine Möglichkeit einen Sitz mehr zu ergattern oder sich fest zu halten, wird das wieder knallhart gemacht. Und dass es da noch Parteien gibt, die mitmachen, das finde ich eben so bedenklich. Die SP unterstützt einstimmig die Kandidatur von Roman Walt.

Silvan Eberhard, SVP:

Es ist klar, wir werden unseren Kandidaten Rico Käser unterstützen. Wir sind ganz klar der Meinung, die glp hat dazumal auf den Sitz verzichtet, wie es bereits geschildert worden ist. Wir haben damals den Sitz übernommen. Ob die Situation sich nun geändert hat oder nicht, da kann man sich darüber streiten, es sitzen immer noch die beiden gleichen Personen im Gemeinderat. Wir sind der Meinung, wir wollen eine gewisse Kontinuität, nicht einmal so und dann wieder so. Darum vertreten wir ganz klar die Meinung, dass wir bis Ende der Legislatur den Sitz stellen werden. Wir sind aber ganz klar auch wieder bereit, in der neuen Legislatur, wir wissen ja sowieso nicht, wie die Wahlen herauskommen, aber dann sollte wieder das Ziel sein, dass alle Fraktionen vertreten sind, bin ich heute der Meinung. Aber für den Rest der Legislatur wollen wir an dieser Sitzverteilung nicht noch einmal rütteln und mischeln und darum Rico Käser in die GRPK wählen.

Pascal Walt, CVP:

Für eine optimale Zusammenarbeit und die Abstimmung des Informationsflusses unter den Fraktionen ist es sicher wichtig, dass im Grundsatz alle Fraktionen in der GRPK vertreten sind. Heute bestehen zwei Buchungen, die sich temporär zumindest widersprechen. Die glp hat auf ihren Sitz bis Ende Legislatur verzichtet, entsprechend ist der Ball bei der SVP, die entsprechend auch den Sitz beanspruchen. Trotzdem fänden wir es im Sinne der Harmonie soweit lobenswert, wenn die SVP auf den Sitz freiwillig verzichten würde. Wir persönlich von der CVP gewichten es aber im Prinzip höher, wenn man sich selbst den Sitz wegnimmt und so darauf verzichtet. Insofern gelten die letzten vorgenommenen Vereinbarungen und wir werden somit Rico [Käser Rico, SVP] unterstützen.

Reto Schindler, Grüne:

Wir Grüne sind für Fairplay und unterstützen den offiziellen Kandidat Roman Walt.

Roman Walt, glp:

Ich spreche jetzt nicht als Kandidat sondern als Fraktionssprecher, ausgehend von der Situation von heute deckt sich das ja. Ich möchte vielleicht doch noch rasch begründen, warum die glp, nachdem wir uns jetzt doch relativ lang mit der Situation auseinandergesetzt haben – erstmals haben wir das im 2014 gemacht und jetzt, als bekannt geworden ist, dass dieser Sitz frei wird noch einmal – wieso wir uns entschlossen haben, die Kandidatur zu stellen. Auch im Wissen, dass eben diese zwei Positionen, die wir eben gehört haben, diese zwei Argumente, die diskutiert worden sind, dass die da sind, in diesem Wissen unsere Kandidatur gestellt haben. Vielleicht zum ersten Argument, eben dass man darüber diskutieren könnte, was sich geändert hat, es sitzen ja noch die beiden gleichen da im Rat. Aber wenn sich etwas geändert hat zum jetzigen Zeitpunkt, dann sind das nicht die Personen, sondern es sind die Lebensumstände. Weil im Grunde genommen haben wir im 2014 genau wegen diesen Lebensumständen verzichtet. Wir sind zugegebenermassen eine kleine Partei, wir sind eine kleine Fraktion und wir haben 2014 die Situation gehabt, dass wir relativ schnell entscheiden mussten, nach dem Rücktritt von Jürg Schär, dem Wegzug, wie wir uns in der Zukunft einbringen können. Es ist uns wichtig, dass wenn wir so ein Amt wie einen Sitz in der GRPK haben, wir das auch mit Tat und Kraft und vollem Elan ausüben können. Dies war ausgehend von der beruflichen Situation im 2014 nicht möglich. Sowohl bei Mathias Rieder als Pilot, der ausgehend von seinen Arbeitszeiten nicht immer anwesend hätte sein können. Bei mir ist es die berufliche Situation gewesen, ich habe auf den 1.1.2015 einen neuen Job übernommen, meine Tochter ist auf die Welt gekommen. Wir waren uns nicht sicher, ob wir den Beitrag leisten können in der GRPK, welchen wir wollen und der gefordert ist, um als Behörde wirklich effizient arbeiten zu können. Wir haben uns dann überlegt und verschiedene Szenarien durchgedacht. Wir hätten sagen können, wir behalten den Sitz, fehlen dafür relativ häufig an den Sitzungen, kommen unvorbereitet. Vielleicht hätte es eine Möglichkeit gegeben, sich abzuwechseln, ich weiss nicht wie das gehandhabt wird in der GRPK. Jedenfalls ist es ein unbefriedigender Zustand. Und auf der anderen Seite mussten wir sagen, als zweites Szenario, wir verzichten. Dies sagten wir dann, wir haben die IFK informiert, dass wir bis Ende Legislatur

verzichten. Das ist eine Information, die von der IFK zur Kenntnis genommen wurde. Dies ist aus unserer Sicht kein Beschluss oder nicht beschlusswürdig. Das wäre das zweite Argument, wir haben gesagt, wir verzichten bis Ende Legislatur. Wir hatten da an der letzten Sitzung einen Punkt gehabt, ich würde gerne die Formulierung aufnehmen und muss zugestehen: Ja, es ist eine Kehrtwendung, die die glp jetzt gemacht hat. Wir haben die Situation neu analysiert und auch wenn es jetzt in diesem Punkt nicht darum geht, ob man Fördergelder für Vereine streicht und nachher wieder eine Erhöhung fördert, so geht es doch darum, dass wir uns engagieren wollen und mitarbeiten wollen in der GRPK. Es sind zwei Jahre vergangen und wie ihr aus persönlichen Situationen sicher selber wisst, in zwei Jahren kann viel passieren. Die heutige Situation, welche wir jetzt haben, erlaubt es uns als Fraktion, uns wieder zu beteiligen und in der GRPK mitzumachen. Mit vollem Elan. Und es ist nicht irgendein Sitz, den wir hier zurückfordern, der uns ja eigentlich gemäss dem Grundkonsens zusteht, sondern es ist ein Sitz der SVP, welcher frei wird. Die SVP hat durch diese unbestrittene und stille Nachfolgewahl in den Stadtrat nachrücken können und den Sitz frei geben können. Als man 2014 über unseren Sitz diskutiert hat, haben wir von der glp die SVP unterstützt, dass das gemäss Absprache, die man in der IFK gemacht hat, dass dieser Sitz zur SVP geht. Ausgehend von den heutigen Bedingungen aber haben wir es uns nun erlaubt, den Sitz zurück zu fordern.

Es hat auch seinen Reiz, eben nicht in der GRPK zu sein, Aussenseiter zu sein, immer wieder mal unbequeme Fragen zu stellen, gerade letzthin, als es um das Postulat gegangen ist in der GRPK. Aber das wollen wir eigentlich nicht. Wir schätzen die Arbeit der GRPK und wollen unseren Teil dort mit beitragen. Wie gesagt, bei dieser Abstimmung geht es nicht um die Person, sondern es geht darum zu gewichten. Was ist höher zu gewichten? Ist es der Grundkonsens, dass wirklich alle in der GRPK vertreten sein sollen um den Informationsfluss aufrecht zu erhalten. Oder ist es eine Aussage von unserer Fraktion 2014, ausgehend von den damaligen Rahmenbedingungen, als wir sagten und getroffen haben, um der GRPK die optimale Arbeit zu ermöglichen. Es sind diese zwei Ansprüche, diese zwei Punkte, welche wir bewerten müssen. Die Mehrheit der IFK sieht es wie wir, die glp, dass man eigentlich den Grundkonsens höher zu werten hätte. Und ich wäre froh, wenn die Mehrheit im Rat dies auch so sehen würde.

Ueli Enderli SVP:

Grundsätzlich wollte ich als GRPK-Präsident nichts sagen, aber wie immer bringt es Christoph [Fischbach Christoph, SP] soweit, mich zu provozieren. Grundsätzlich möchte ich sagen: Die SVP hat von Anfang an auf das Anrecht auf diesen Sitz verzichtet, im Sinne davon, dass man gesagt hat es sollen alle Parteien in der GRPK vertreten sein. Von dieser Seite her ist es also kein Machtgehabe, das die SVP einspielt, ganz sicher nicht. Mir ist jetzt im Gespräch ein Beispiel in den Sinn gekommen: Alle diejenigen, die Kinder haben, überlegt euch mal, wenn eure Tochter oder euer Sohn Mittagessen essen soll und ihr sagt ihm: „Komm iss jetzt“ und es sagt: „Ich habe keinen Hunger“. Dann sagst du diesem Kind: „Ja, es gibt aber dann nichts mehr bis zum Abendessen“. Und dann sagt das Kind: „Ja, das ist in Ordnung, dann esse ich wieder beim Abendessen“. Und um 3 Uhr kommt es und sagt: „Ich habe jetzt trotzdem Hunger“. Als konsequente Eltern, was macht ihr dann? Also das ist nicht eine Frage von unserer Machtauspielung. Die SVP, die Bürgerlichen, wir sind uns bewusst, dass wir die Mehrheit haben und es ist nach wie vor so, dass wir versuchen, mit dieser Mehrheit auch sorgsam umzugehen und die Verantwortung über diese Mehrheit zu tragen. Und Roman [Walt Roman, glp], ich meine es wäre ja absolut eine Möglichkeit gewesen an dieser IFK-Sitzung zu sagen: Gut, wir verzichten auf diesen Sitz, bis wir einen valablen Nachfolger haben oder bis jemand aus der GRPK ausscheidet. Dann wäre die Konstellation eine ganz andere gewesen. Ich wehre mich einfach dagegen. Als GRPK-Präsident muss ich sagen, bin ich nach wie vor froh, wenn alle Parteien in der GRPK vertreten sind. Aber vom System her bin ich der Meinung, wenn jemand verzichtet hat, dann hat er verzichtet. Und wenn jemand verzichtet hat bis dann und dann, bis Ende Legislatur, dann ist es so. Ich denke darum bin ich dieser Meinung.

Christoph Fischbach, SP:

So viel von dieser Grossherzigkeit, die die SVP Anfangs Legislatur an den Tag gelegt haben wollte. Alle die, ich weiss nicht wie viele Fraktionspräsidenten dort schon im Amt gewesen sind oder dabei gewesen sind. Es ist einfach noch zu erwähnen, dass, wenn wir jetzt schon Vergangenheitsbewältigung machen, hat sich die SVP den Verzicht von diesem Sitz versüssen lassen, in dem man jegliche Klotener Parlamentstraditionen gebrochen hat und zwei Legislaturen hintereinander der gleichen Partei das GRPK-Präsidium zugesprochen hat. Dies war auch ein Teil der Abmachungen von Anfangs Legislatur, wo man sich einfach... Ich will das nicht werten, ich stehe hinter diesem Kompromiss, der ist in Ordnung, der GRPK-Präsident macht eine hervorragende Arbeit, ich möchte dies nicht auf Personen schieben, ich will das einfach nur sagen, dass man dies auch noch gehört hat hier öffentlich im Raum, dass dies ein weiterer Bestandteil war. Es war also nicht so, dass die SVP aus reiner Nächstenliebe auf diesen Sitz verzichtet hat, sondern sie haben das „Zückerchen“ bekommen, dass sie ein weiteres Mal den GRPK-Präsident stellen dürfen.

**Abstimmung:**

Roman Walt, glp	9
Rico Käser, SVP	21

**Beschluss:**

1. Rico Käser, SVP, wird als Ersatz für Kurt Hottinger, SVP, per 1.1.2017 in die GRPK gewählt.

Kurt Hottinger, SVP, tritt in den Ausstand

Die Ratspräsidentin erläutert kurz den Ablauf:

Zuerst wird der Präsident der GRPK, Ueli Enderli, über die Eintretensdebatte berichten, der Rat wird anschliessend über das Eintreten befinden. Danach wird Ueli Enderli, Präsident GRPK, die Grundsatzdebatte eröffnen. Nach der Grundsatzdebatte findet die Detailberatung statt sowie allfällige Rückkommensanträge werden dann behandelt. Anschliessend an die Budgetbehandlung findet die Steuerfuss-Debatte statt.

Ich möchte jetzt Ueli Enderli für die Eintretensdebatte nach vorne bitten.

**Eintretensdebatte:**

Ueli Enderli, Präsident GRPK:

Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2017 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die Fragen der GRPK sind fristgerecht, detailliert und umfassend beantwortet worden. Ich bedanke mich im Namen der GRPK bei allen Stadträten und Verwaltungsangestellten, die uns mit grossem Aufwand die detaillierten Antworten und Erklärungen geliefert haben. Ich möchte mich auch speziell bei allen GRPK-Mitgliedern bedanken: Ihr habt trotz dem grossen Zeitdruck einen super Job gemacht. Es ist angenehm, mit euch zusammen zu arbeiten – danke vielmals.

Ich beantrage im Namen der GRPK Eintreten.

---

**Keine Wortmeldungen aus GRPK, Rat und Stadtrat.**

Somit wird das Eintreten stillschweigend beschlossen.

## **Grundsatzdebatte:**

Ueli Enderli, Präsident GRPK:

Mit dem Voranschlag 2017 ist der GRPK ein Budget vorgelegt worden, das einen Aufwandüberschuss von CHF 824'000.00 abbildet. Dies bei einem gleichbleibenden Steuerfuss und nach wie vor sehr hohen Investitionen. So hat sich der Voranschlag zumindest am Anfang dargestellt. Jetzt ist es aber auch Aufgabe der GRPK, einen Voranschlag zu prüfen, ob alle während der Prüfung bekannten Erträge und Aufwendungen im Budget enthalten sind. Aus diesem Grund ist für mich dieses Jahr ein Novum entstanden: Erst nach dem Druck des Voranschlages ist durch den Kanton mitgeteilt worden, dass auch im nächsten Jahr Sanierungsbeiträge in der Grössenordnung von CHF 400'000.00 für die BVK geleistet werden müssen. Diese Beträge sind im vorliegenden Voranschlag nicht enthalten, was schlussendlich das Budget verfälscht. Details zu diesen Positionen werdet ihr von den GRPK-Referenten erhalten oder erfahren. Die vorliegenden Kürzungsanträge sind nicht nur im stillen GRPK-Kämmerchen beschlossen worden. Sondern es sind alle betreffenden Stadträte und Verwaltungspersonen zu einer Stellungnahme in die GRPK eingeladen worden. Im Anschluss an diese Stellungnahme – dies war also nicht nur eine Formsache – sind wir auf diese Positionen zurückgekommen und haben nochmals darüber abgestimmt. Das ist ganz klar, dass wir, bevor wir definitiv über einen Kürzungsantrag befunden haben, haben wir die Verwaltungspersonen und Stadträte zu Wort kommen lassen und haben uns die Argumentation auch zu Gemüte geführt. So sind wir zu diesen Kürzungsanträgen gekommen. Wir haben aber in der GRPK beschlossen, dass die Mitglieder heute Abend einzelnen Sparanträgen aus der GRPK oder den Fraktionen, allenfalls zustimmen, diese ablehnen oder sich der Stimme enthalten können. Dies obwohl sie in der GRPK eventuell anders abgestimmt haben. Ich verweise darauf, dass in der GRPK keine Stimmenthaltung möglich ist. Im Gegensatz zum Rat. Die GRPK hat mehrheitlich das Budget mit den Abänderungsanträgen angenommen.

## **Keine weiteren Wortmeldungen zur Grundsatzdebatte aus der GRPK.**

## **Wortmeldungen zur Grundsatzdebatte aus dem Gemeinderat:**

Christoph Fischbach, SP:

Ich denke es wird heute, man sieht es, an der Anzahl Anträgen kann man in etwa ablesen, ob im Folgejahr ein Wahljahr ist. Und wir haben relativ wenige Anträge auf dem Tisch, darum sind das nächste Jahr keine Gemeindewahlen. Das kann ich – ich bin seit 14 Jahren im Gemeinderat – mit einer gewissen Erfahrung habe ich dies schon miterlebt.

Es stimmt, was Ueli [Enderli Ueli, SVP] gesagt hat: Dies ist wahrscheinlich das erste Mal, dass der Gemeinderat das Budget verschlechtert unter dem Strich. Der Stadtrat hat eigentlich wie immer ein ausgewogenes Budget vorgelegt, was auch immer eigentlich der Fall ist. Die Ausgaben sind sauber budgetiert, plausibel und korrekt. Auch hier wie immer, auf der Einnahmenseite sieht es anders aus, weil diese der Stadtrat alleine nicht steuern kann beziehungsweise können wir hier drinnen alleine nicht steuern. Die machen einem weniger Sorgen im Budget.

Zuerst einmal: Die SP wird die Änderungsanträge betreffend Sanierungsbeiträge BVK und die sonstigen Korrekturanträge im Budget unterstützen. Die einzigen Anträge, die einschneidend sind und wehtun, das sind die beiden Anträge betreffend Rezertifizierung und zum Förderprogramm. Die Argumentation, wieso wir diese ablehnen, kommt dann beim Detailantrag. Alle anderen Anträge sind eigentlich, man kann es wirklich sagen: peinlich, kleinkariert und überflüssig zum grössten Teil.

Der Klassiker, der jedes Jahr wieder kommt: Wir streichen uns selbst das Legislatur-Essen. Das können wir, ich finde es einfach etwas schäbig gegenüber uns selbst. Aber das ist wohl gewünscht hier drin von der Mehrheit.

Wenn wir jetzt über die Höhe oder die Kosten von der Anschaffung von Büromaterial von einem einzelnen Arbeitsplatz in der Verwaltung diskutieren und streichen beziehungsweise kürzen, ist das in meinen Augen lachhaft. Wenn wir soweit sind, würde ich sagen, wäre es vielleicht ein Vorschlag, dass der Gemeinderat die Anschaffung der Büromöbel übernimmt in der Verwaltung, eine Kommission gründet und doch am Besten die Büromöbel selbst in der Ikea einkaufen geht.

Ein Dauerbrenner ist auch der „Allgemeine Personalaufwand“. Dieses Konto beinhaltet unter anderem auch die Auslagen für das Weihnachtessen des Personals, Case Management, Personalpflege allgemein – das ist für Geschenke bei Familienereignissen bei Geburten von Kindern von Angestellten oder Hochzeiten etc., den Kurs für die Pensionierungsvorbereitungen oder Inserate für Personalrekrutierungen. Da frage ich mich einfach wieder, wo genau die CHF 21'000.00 gespart werden sollen. Soll das Weihnachtessen gestrichen werden? Sollen keine Geschenke mehr für Hochzeiten gemacht werden? Soll der Pensionierungskurs gestrichen werden? Oder dürfen keine Stelleninserate mehr gemacht werden, wenn das Budget aufgebraucht ist? In diesem Konto braucht es einfach einen kleinen Puffer, auch wenn die FDP das nicht gerne hört. Wenn da auf diesem Konto streicht, das bringt Null-Komma-Null-Nichts, sondern das ist wirklich reine Kosmetik.

Zu den Einnahmen, das macht uns viel mehr Sorgen. Und zwar längerfristig und nicht im Budget 2017. Weil was auf uns zukommen könnte mit der Unternehmenssteuerreform III, genannt USR III, wird speziell in Kloten ein weiteres Mal verheerend sein. Es ist schon klar, dass sämtliche Zahlen, die jetzt herumgeboten werden, sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern dieser Vorlage, nicht stimmen werden. Aber die vergangenen Unternehmenssteuerreformen haben immer gezeigt, dass die Steuerausfälle schlussendlich weit höher werden, als die Prognosen, die jetzt gemacht werden. Der Regierungsrat prognostiziert für Kloten Netto-Steuerausfälle von CHF 3.6 Mio. Zu befürchten sind viel grössere Ausfälle. Ich kann den Optimismus unseres Stadtpräsidenten [Huber René, SVP] leider nicht teilen, der in der USR III lediglich eine Herausforderung sieht und keine Katastrophe. So hat er sich in der NZZ zitieren lassen. Die finanziellen Gewitterwolken werden von der Politik in diesem Fall auf Bundesebene und später auf Kantonsstufe produziert. Die bürgerliche Mehrheit konstruiert Steuererleichterungen für Unternehmen, welche schlussendlich der Mittelstand auf Grund von Steuererhöhungen und Sparpakten auf Gemeindeebene zu bezahlen hat. Darum gilt es, damit für die kommenden Jahre unser Haushalt im Gleichgewicht bleibt, die USR III zu verhindern. Damit Bundes-Bern eine neue, ausgewogene Vorlage ausarbeiten kann, welche die unbestrittene Abschaffung der Holdingprivilegien beinhaltet. Ich würde mir vom Stadtrat eine ablehnende, klare und dezidierte Haltung gegen diese Vorlage wünschen. Denn trotz Parteizugehörigkeit sind sämtliche Stadtväter und –mütter in erster Linie gewählt worden, um die Interessen von Kloten zu vertreten. Und aus Sicht von Kloten kann es nur eine Haltung dazu geben. Und dies ist, die Unternehmenssteuerreform III mit Überzeugung abzulehnen. Ungeachtet der Parteizugehörigkeit. Denn die USR III führt für Kloten zu einem finanziellen Desaster, das es zu verhindern gilt. Damit die Finanzlage Klotens langfristig im Lot bleiben kann.

Reto Schindler, Grüne:

Die Grünen Kloten danken dem Stadtrat und der Verwaltung für den vorliegenden Voranschlag. Es ist zwar ein Minus von beinahe CHF 1 Mio. budgetiert, das ist aber im Vergleich zu anderen Jahren verhältnismässig gering. Auch sind über 80% der enthaltenen Ausgaben nicht diskutabel und somit notwendig für die Erfüllung der Aufgaben von einer Gemeinde wie Kloten. Wir unterstützen darum heute Abend nur wirklich sinnvolle Kürzungsanträge und Korrekturen von Fehlbudgetierungen. Die Kürzungen, die von der bürgerlichen Sparallianz beantragt werden, bei denen es nur um das Sparen um des Sparens willen geht, machen wir nicht mit. Diese Kürzungen sind eine reine Alibiübung und es geht nur darum, den Ruf als Sparfuchse nicht zu verlieren. Das ist aus unserer Sicht nichts anderes als Populismus und Machtgehabe. Es geht sogar soweit, dass man grosse Errungenschaften aufs Spiel setzen möchte, was alles andere als konstruktiv ist. Ich spreche

zum Beispiel von der Streichung der Energieförderung und der Rezertifizierung des Energiestadt-Labels. Beides ist auf Initiative der Grünen aufgegleist worden und ist heute Standard für eine Gemeinde oder eine Stadt von der Grösse wie Kloten. Aber eben, es geht einfach nur noch um Sparen in diesem „Sparlament“. Und Politik wird nicht mehr im laufenden Ratsbetrieb sondern im Budget gemacht. Unter dem Begriff Sachpolitik verstehen wir etwas anderes.

Die Grüne Fraktion wird heute Abend den Voranschlag mit den Änderungen auf Grund solcher absurder Auswüchse ablehnen.

Thomas Bieri, CVP:

Wir von der Fraktion der CVP Kloten möchten auch zunächst dem Stadtrat und der gesamten Verwaltung für den Voranschlag 2017 und dessen sorgfältige Ausarbeitung herzlich danken.

Wir haben es gehört: Leider muss mit einem Aufwandüberschuss gerechnet werden und dies trotz Bemühungen, ein ausgeglichenes Budget zu erzielen. Man kann es leider nicht anders sagen: Die Finanzplanung sieht sich mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Und die kommenden Jahre werden diese Herausforderungen leider nicht mindern. Die Ausgaben bei den Sozialleistungen wachsen auf Grund der Bevölkerungsstruktur fast gezwungenermassen an. Es stehen zudem grosse Investitionen an und auch hier kann man nicht unbeschränkt warten. Zum Beispiel wenn es um die Instandhaltung und Bewirtschaftung von Infrastrukturen geht.

Wir möchten auch der GRPK für die genaue Prüfung des Voranschlages danken. Auch hier haben wir gehört, dass die genaue Prüfung sogar ergeben hat, dass der Aufwandüberschuss noch leicht anwachsen wird, damit alle Ausgaben korrekt verbucht werden können.

Zu den Anträgen der GRPK und unsere Haltung dazu: Mit den vorhandenen Mitteln sorgfältig umzugehen ist ganz klar zentral. Jetzt aber ein Bild zu malen, das von Seiten der Stadt das Geld mit leichter Hand verteilt würde, wäre sicher falsch. Und darum ist auch zu sagen, dass nicht jede Investition einfach zu verwerfen ist. Wichtig ist ja auch, dass man die Infrastrukturen gut nützen kann. Im Sinne für eine gut funktionierende und letztlich auch für eine attraktive Stadt.

Wir werden darum die meisten Streichungsanträge der GRPK nicht unterstützen.

Silvan Eberhard, SVP:

Wir haben wieder Fragen gestellt. Wir haben damit begonnen, dass wir eine Liste gemacht haben, wo sehen wir Sachen, die uns ins Auge stechen, die uns nicht passen, Abweichungen zum Vorjahr. Mit diesen Fragen sind wir zur GRPK. Aus der GRPK sind einmal mehr an den Stadtrat und an die Verwaltung ein Haufen Fragen gestellt und auch einwandfrei beantwortet worden. Wir haben dann sehr angeregte Diskussionen geführt bei uns in der Fraktion. Ich muss sagen, wir waren uns schon einiger. In diversen Fragen hat eine gewisse Uneinigkeit geherrscht in der Fraktion. Wir haben schon viel mehr Sparanträge einstimmig angenommen und wir haben auch schon viel rigoroser gespart – das ist vermutlich so. Allerdings darf man auch sagen, wir sind der Meinung, wir haben diesmal ein sehr ausgewogenes Budget bekommen. Daher haben wir nur einige Sparanträge eingebracht, die über die GRPK gestellt worden sind. Wir werden diese in den meisten Fällen unterstützen.

Noch ein letztes Wort zur Unternehmenssteuerreform III. Christoph [Fischbach Christoph, SP] hat gesagt, als Klotener könne man da nur dagegen sein. Das ist aus Sicht des Klotener Finanzministers, der vielleicht hofft, möglichst viele Einnahmen zu haben. Aber als Klotener Unternehmer kann ich sagen, dass man auch hofft, möglichst viel Geld zu haben für Investitionen, für Unternehmensnachfolgen, für was man das Geld auch immer benötigt, um das Unternehmen am Leben zu halten. Darum ist die Unternehmenssteuerreform III auch wichtig aus Sicht der Unternehmen. Und das ist auch Kloten, alle diese Unternehmen.

Heiri Brändli, EVP:

Bereits bei der Rechnung habe ich, wenn ich mich richtig erinnern kann, darauf hingewiesen, dass wir eigentlich stolz sein können, darauf was wir haben und nicht nur immer „schimpfen“ über alles was nicht gut ist. Genau gleich sieht es bei diesem Voranschlag aus, da hat es auch unglaublich viele gute Sachen, es wurde sehr gute Arbeit gemacht. In diesem Zusammenhang ein ganz herzliches Dankeschön an den Stadtrat und die Verwaltung, die dies Arbeit gemacht haben und diese Arbeit richtig gemacht haben. Selbstverständlich hat es Gewitterwolken am Horizont, vor allem mit der USR III aber auch noch ein paar anderen Dingen. Unser Leben wäre ja schön langweilig, wenn wir das nicht hätten. Ich bin überzeugt, wir können uns dieser Herausforderung stellen. Ich bin auch dezidiert etwas der Meinung von Christoph [Fischbach Christoph, SP]. Aber auch Silvan [Eberhard Silvan, SVP] hat Recht, aus Sicht der Unternehmer ist tatsächlich die USR III natürlich sicher auch nicht so schlecht. Aber aus Sicht der Stadt ist es eine Katastrophe.

Die EVP wird einen Teil der Abänderungsanträge unterstützen – aber nur einen Teil. Wir sehen auch mit weinenden Augen, was man macht oder im Sinn hat, im Zusammenhang mit den beiden Beträgen im Umweltbereich. Aber da kommen wir später dazu. Selbstverständlich unterstützen wir den Voranschlag.

Beat Vorburger, FDP:

Alle Jahre wieder stehen wir hier, haben Budgetdebatte und heute haben wir schon ganz viel gehört – ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll.

Zu der Unternehmenssteuerreform: Christoph [Fischbach Christoph, SP] hat den Abstimmungskampf heute Abend in Kloten ganz offensichtlich eröffnet. Mit einer fulminanten Rede, man möge doch das ablehnen. Ich bin froh, dass Silvan [Eberhard Silvan, SVP] schon ein paar Worte dazu gesagt hat. Ich möchte jetzt zu der Abstimmung da in der Vorweihnachtszeit nicht mehr vorgreifen. Das werden wir im Januar und bis Mitte Februar sicher ausfechten. Und die Meinung der FDP geht sicher auch in die Richtung, dass man die Unternehmer halt insgesamt etwas entlasten sollte. Es gibt auch andere administrative Zwänge, die den Unternehmen auferlegt werden. Nicht zuletzt haben sie auch Druck vom Ausland, nicht ganz freiwillig in den Grosskonzernen. Offenbar ist man bei der SP der Meinung, man kann es riskieren, dass diese einen Steuersatz bezahlen müssen von 22%. Wie gesagt, dazu werden wir noch intensive Diskussionen haben und uns auch auf der Strasse, in der Migros-Passage oder wo auch immer bei Standaktionen begegnen und uns austauschen können.

Dann habe ich, auch wie alle Jahre wieder, das Wort „sparen“ gehört. Schon x-mal heute. Wir sparen, wir sparen, wir sparen. Ich bin nicht da, um das Sparens willen. Weil die Anträge, die vorliegen, sind moderate Anträge und es sind vor allem keine Sparanträge. Sparen würde bedeuten, dass der Aufwand zurückginge. Es sind Kürzungsanträge die vorliegen, um zu versuchen, die schleichende Ausgabenerhöhung etwas einzudämmen. Nichts anderes. Sparen ist etwas ganz anderes, ist betriebsökonomisch ein anderer Begriff, und auch volkswirtschaftlich. Wir werden heute Abend sämtliche Anträge der GRPK unterstützen. Und – auch wenn es schon angekündigt wurde von der Linken Seite, wir seien kleinlich, seien nur hier um das Sparens willens – wir werden drei sehr moderate Anträge stellen, ich werde diese dann auch kurz begründen, weil jeder hat für sich auch seine Daseinsberechtigung.

Dann ist auch gesprochen worden von Gewitterwolken, die auf uns zukommen könnten. Damit bin ich absolut einverstanden und ich glaube, seit ich in diesen Gemeinderat gewählt worden bin, an jeder Budgetdebatte und in jeder Rechnungs-Diskussion auch entsprechend darlege. Wir können uns nicht immer darauf verlassen, dass die Steuereinnahmen sprudeln. Und wie gesagt, da geht es nicht um die Unternehmenssteuerreform I, II oder III. Es geht um die gesamtheitliche, wirtschaftliche Situation, die angespannt ist. Es sind sehr viele Unsicherheiten auf dieser Welt vorhanden. Und darum appellieren wir wie jedes Jahr hier, dass halt eine Ausgabendisziplin, dort wo wir es selbst in der Hand haben, oberste Priorität hat. Eine Priorisierung von den Aufgaben, die wir machen müssen, von den Investitionen. Und ich habe es auch letztes Jahr schon gesagt, es hat sich gebessert mit den Budgets, es ist kein Wunschkatalog, das anerkennen auch wir von der FDP, das ist so. Aber nichts desto trotz kann es ja auch nicht das Ziel der Übung sein, jedes Jahr eine knappe Million

Defizit einfach zu budgetieren und mit den Schultern zu zucken und zu sagen: Jaja. Irgendwann ist dann das Eigenkapital vielleicht dahin und dann müssen wir einfach mit den Steuerfuss nach oben. Das kann irgendwann blühen, dass wir mit Steuerfuss hoch müssen, aus welchen Gründen auch immer, das kann sein. Aber bevor wir das machen müssen, möchte ich doch der Ausgabenseite weiterhin sehr hohe Priorität zumessen. Und das werden wir von der FDP-Fraktion wie immer auch so machen.

Roman Walt, glp:

Ich halte mich relativ kurz. Auch von der glp herzlichen Dank für die Ausarbeitung dieses Voranschlages allen Beteiligten. Wir werden den Voranschlag grundsätzlich so unterstützen. Wir haben es schon gehört, die Zukunft wird schwierig werden mit der Unternehmenssteuerreform, mit Steuern, Ausgaben im Sozialbereich. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt ganz sicher auch unsere Stellung dazu beziehen.

Zu den Änderungsanträgen der GRPK beziehungsweise der FDP-Fraktion werde ich mich zu gegebener Zeit äussern. Gewisse Punkte werden wir ganz sicher unterstützen, andere ganz sicher nicht.

Und zum Schluss noch eine kleine Anregung zur Darstellung des Voranschlages und auch der Rechnung: Wir stossen uns je länger je mehr an diesen Smileys. Ich weiss nicht, es ist relativ wertend behaftet. Gewisse Ausgaben / Mehrausgaben sind positiv zu sehen, in gewissen Bereichen. Wenn man zum Beispiel etwas leistet zur Infrastruktur oder zum Wohl von unserer Stadt. Auf der anderen Seite sind nicht alle Minderausgaben automatisch positiv. Wenn man zum Beispiel einen Rahmenkredit setzt zur Energieförderung – wir kommen nachher noch dazu – und dort nur 40% davon ausgibt, sehe ich das nicht so als positiv. Vielleicht hat da die Stadt alternative Möglichkeiten, dies wertneutral darzustellen.

Ueli Enderli, SVP:

Ich möchte mich entschuldigen, dass ich mich schon wieder zu Wort melde. Ich melde mich zu Wort als SVP-Vertreter.

Es ist mir irgendwie schon etwas aufgestossen, ich habe gemeint, wir diskutieren das Budget und das Budget handelt eigentlich vom nächsten Jahr. Es ist uns von der SVP, von der rechten, von der bürgerlichen Seite, vorgeworfen worden, es sei kein Wahlkampf, darum sparen wir nicht. Es ist mir vorgekommen, wir hätten mit dieser Budgetdebatte die Abstimmung eingeläutet, in dem das Votum für das Budget kleiner war als das Votum gegen die Unternehmenssteuerreform. Es kommt mir vor wie bei Enten, die gackern schon im Stall, bevor überhaupt das Futter da ist oder sie überhaupt wissen, was es zu fressen gibt. Ich würde euch einfach noch wünschen, wartet doch mal, bis die Zahlen daliegen, bis sie auf dem Tisch liegen. Und wenn man dann dieser oder dieser Meinung ist, bin ich einverstanden. Zu dem, dass wir sparen, wenn Abstimmung ist, möchte ich darauf hinweisen: Vor zwei Jahren, als wir das Budget hatten, hatten wir ein Defizit von nahezu CHF 10 Millionen. Dort haben wir wirklich begonnen zu sparen, da kann sich sicher noch jeder erinnern. Wir hatten im letztjährigen Budget ein Defizit von CHF 5 Millionen, da haben wir auch begonnen zu sparen, haben diverse Sparanträge gestellt. Wir haben jetzt ein Defizit oder einen Aufwandüberschuss von CHF 824'000.00, wir sparen jetzt moderat. Es hat weiss Gott mit Wahlkampf nicht zu tun. Von dem her glaube ich, dass ist am Ziel vorbei geschossen, wenn man uns unterstellt, es ist kein Wahlkampf, darum müssen wir nicht sparen. Ich glaube, es steht im Zusammenhang mit dem Aufwandüberschuss des Budgets. Ich bitte euch, dies zu berücksichtigen.

**Keine weiteren Wortmeldungen aus Rat und Stadtrat zur Grundsatzdebatte.**

## **Detailberatung**

Es liegen bis jetzt 11 Anträge zum vorliegenden Budget vor. Wir gehen nicht generell alle Kapitelabschnitte oder Konten durch, sondern gehen auf die Anträge ein, die schriftlich gestellt wurden respektive bereits an alle Fraktionen versandt wurden. Dabei wird die Reihenfolge der Kapitel respektive Konten eingehalten.

Gibt es zu diesen 11 Anträgen noch weitere Anträge, die der Ratsleitung noch nicht vorliegen?  
Dies scheint nicht der Fall zu sein.

### **Antrag der GRPK**

<b>1210.00</b>	<b>Gemeinderat</b>
<b>3170.000</b>	<b>Spesenentschädigung</b>
<b>Antrag</b>	<b>auf Streichung des Konstituierungssessens</b>
<b>Betrag</b>	<b>CHF 5'000.00</b>

Peter Nabholz, GRPK:

Du [Bannwart Irina, Ratspräsidentin] hast eigentlich schon alles gesagt. Der GRPK-Antrag lautet auf Streichung des Konstituierungssessens von CHF 5'000.00

Wir beantragen dem Gemeinderat mehrheitlich, das Konstituierungssessen aus dem Budget zu streichen

**Keine weiteren Wortmeldungen aus GRPK.**

---

**Keine Wortmeldung aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

### **Abstimmung:**

Dafür	11
Dagegen	18

Der Gemeinderat beschliesst, diesem Antrag nicht zu folgen.

#### **Antrag der FDP**

**3210.00**     **Logistik (Zentrale Dienste)**

**3090.000**   **Allgemeiner Personalaufwand**

**Antrag**     **auf Plafonierung auf pauschal CHF 250'000.00 wie im Voranschlag 2016**

**Betrag**     **CHF 21'150.00**

Beat Vorburger, FDP:

Was in diesem Konto alles drin ist, hat Christoph [Fischbach Christoph, SP] in seiner Eingangsrede schon festgehalten. Ich habe dem nichts entgegen zu setzen, das stimmt so. Es sind vor allem Weiterbildungen und sonstige Personalaufwendungen, er hat dies erläutert.

Ich muss zur Begründung dieses Antrages vielleicht schnell ein Jahr zurück blenden: An der gleichen Stelle letztes Jahr hatten wir damals einen GRPK-Antrag, einen genau deckungsgleichen Antrag auf Plafonierungen auf CHF 150'000. Dieser wurde im Gemeinderat mit 21 zu 10 Stimmen überwältigend klar angenommen. Es wäre für uns ein wichtiges Zeichen gewesen, dass man einfach sagt, wir nehmen niemandem etwas weg – das hat auch letzte Jahr die Fraktionspräsidentin der SVP [Grütter Rachel, SVP] genau in diesen Worten gesagt. Wir nehmen niemandem etwas weg, sondern wir sagen einfach, eine Viertelmillion Franken ist auch viel Geld. Es wird seit Jahren auch immer die gleichen Weiterbildungen budgetiert. Ich bin sicher, dass auch dort... Es muss kein Mitarbeiter irgendwo leiden oder kann nicht in eine Weiterbildung gehen oder bekommt keine Karte zur Hochzeit oder „what ever“. Man könnte einfach ein bisschen bescheidener sein. Das ist genau eine dieser Positionen, die man problemlos plafonieren kann, ohne dass irgendetwas weh tut. Und darum wäre es als Zeichen der Kontinuität für uns extrem wichtig, wenn man das, so wie wir letztes Jahr hier drin mehrheitlich beschlossen haben, dies auch dieses Jahr machen könnten. Wahrscheinlich schwierig, aber ich hoffe doch auf die eine oder andere Stimme, die mit uns mitstimmt.

---

**Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Wortmeldung aus dem Stadtrat:**

Mark Wisskirchen, Ressortvorstand Gesundheit + Ressourcen:

Da muss ich doch noch aufstehen und etwas sagen. Ich denke, wenn die FDP da von Bescheidenheit spricht, könnte man auch von Wertschätzung sprechen, das wäre eher angebracht für die Leute in der Verwaltung, die doch einen sehr guten Job machen. Und darum finde ich das eine ganz schlechte Idee, hier irgendeine Plafonierung hinbringen zu wollen, die künstlich hinuntergedrückt wird aber eigentlich der Realität überhaupt nicht entspricht. Wir sehen auch wie die Realität ist, nämlich in der Rechnung 2015, die genau im gleichen Voranschlag enthalten ist.

**Abstimmung:**

Keine Mehrheit

Der Antrag wird somit abgelehnt.

**Antrag der GRPK**

**3210.80**      **Logistik / (Zentrale Dienste) Rückstellung BVK-Sanierungsbeiträge**  
**3610.000**    **Beiträge an den Kanton**  
**Antrag**      **auf Korrektur BVK Sanierungsbeiträge**  
**Betrag**      **CHF 273'000.00**

Christoph Fischbach, GRPK:

Ueli Enderli [GRPK-Präsident] hat es in der Eintretens- oder Grundsatzdebatte gesagt, dass hier, zu dem Zeitpunkt als der Stadtrat das Budget verabschiedet hat, noch nicht bekannt war, dass infolge des nicht erreichten Deckungsgrades der BVK weitere Sanierungsbeiträge geleistet werden müssen. Auf Nachfrage von uns hin hat die Verwaltung ausrechnen können, wie hoch die Sanierungsbeiträge sein werden. Gesamthaft sind dies CHF 395'000.00, aufgeteilt auf den Anteil der die städtischen Angestellten betrifft und den Anteil von kantonal Besoldeten, sprich den Lehrpersonen. Der Anteil der die städtischen Angestellten betrifft sind in diesem Konto wie gesagt die CHF 273'000.00.

Die GRPK beantragt einstimmig in diesem Punkt das Budget um diesen Betrag zu verschlechtern.

**Keine Wortmeldung aus dem Rat**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Einstimmigkeit

**Antrag der GRPK**

**3250.54**     **Unterhalt Anlagen Bildung und KindSchulanlage Nägelimoos**  
**3140.000**    **Baulicher Unterhalt**  
**Antrag**     **auf Streichung Sonnenschutz über dem Vorplatz**  
**Betrag**     **CHF 18'500.00**

Tina Kasper, GRPK:

Wir haben diese Position dahingehend geprüft, dass wir ursprünglich einen Teil – wie ihr wahrscheinlich auch mitbekommen habt, dort wäre noch der Ersatz eines Bodens drin gewesen. Es handelt sich dabei um den Vorplatz vor dem Lehrerzimmer des Primarschulhauses Nägelimoos. Durch die Aussagen der Verwaltung ist uns klar geworden, dass der Boden unbedingt ersetzt werden muss, weil der Boden so schmutzig wird, wenn es feucht wird, dass auch der Lehrerzimmerboden drinnen verkratzt und schmutzig gemacht wird und dementsprechend wird dieser ersetzt. Der Sonnenschutz dagegen ist mehrheitlich einfach ein Wunsch, der hier noch angebracht worden ist. Wir sehen in diesem Fall keine Priorität. Uns ist gesagt worden, dass da der Kindergarten vielleicht gerne noch würde für Unterricht im Freien dies nutzen. Dort wäre eigentlich der Wald so schön in der Nähe, da könnte man doch das dort in den Wald verlegen oder mit einem grossen Sonnenschirm lösen. Darum sehen wir hier keine Priorität darin und beantragen die Streichung dieses Sonnenschutzes von CHF 18'500.00.

**Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.**

**Keine Wortmeldungen aus dem Rat**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Dafür        22  
Dagegen      7

Der Gemeinderat beschliesst, dem Antrag zu folgen und streicht die CHF 18'500.00

#### Antrag der FDP

<b>3260.21</b>	<b>Unterhalt Liegenschaften Verwaltungsvermögen</b>	<b>Stadthaus</b>
<b>3110.000</b>	<b>Anschaffung Mobilien</b>	
<b>Antrag</b>	<b>Kürzung der Position „Ersatzmöbel Leiter Sozialdienst“ von CHF 15'000.00 auf CHF 10'000.00</b>	
<b>Betrag</b>	<b>CHF 5'000.00</b>	

Beat Vorburger, FDP:

Ich stehe nicht hier vorne, weil ich irgend noch eine Kommission einberufen will, dass neu der Gemeinderat über Möbelbeschaffung oder so befindet, wie dies Eingangs Christoph [Fischbach Christoph, SP] – es ist schon eine Weile her, aber er hat das so gesagt hat. Es geht mir um etwas anderes. Uns ist auch bewusst, es sind nur CHF 5'000.00 und es geht diesmal tatsächlich etwas um Symbolik und auch können, hier in der Öffentlichkeit, zu dieser Position etwas zu sagen. Man muss sich schon vor Augen führen: Für ein Einzelbüro CHF 15'000.00 zu budgetieren – ich weiss, man bekommt solch tolle Möbel. Es geht schlussendlich um ein Büro. Für CHF 15'000.00 sind gut und gerne drei durchschnittliche Steuerzahler notwendig, um dies zu finanzieren. Das finden wir schon ziemlich viel. Wir finden es einfach viel und wir fragen uns, ob der Otto-Normalverbraucher – wenn ich den durchschnittlichen Steuerzahler als dies bezeichnen darf... Wer hat denn zu Hause zum Beispiel für so viel Geld ein Büro eingerichtet? Ich kann ein Beispiel machen aus der Industrie, ich arbeite in der Industrie, bin dort im finanziellen Controlling tätig, darum bin ich auch etwas Zahlenaffin und setze mich auch mit kleineren Beträgen auseinander. Und ich kann euch sagen aus der Praxis Privatwirtschaft: Dort setzen wir uns noch mit viel kleineren Kürzungen und Abänderungen und wollen wir es machen, machen wir es nicht, auseinander, weil das Geld eben nicht an den Bäumen wächst, sondern es muss verdient werden. Und eigentlich sind die CHF 10'000.00 die wir sagen, wären uns theoretisch immer noch zu viel. Uns geht es einfach darum zu sagen: Hey, wir haben es gesehen, wir finden es etwas viel. Und „by the way“: Es bleiben auf diesem Konto immer noch CHF 51'000.00 übrig, für die man Möbel für das Stadthaus kaufen kann. Auch wenn wir die CHF 5'000.00 gestrichen haben immer noch CHF 51'000.00. Und notabene im Voranschlag hat es sonst in diversesten Positionen, zum Beispiel bei der Schulverwaltung, hat es auch nochmals Möbel drin. Es sind nicht nur die CHF 51'000.00. Um den letzten Vergleich zu meiner Firma, bei der ich arbeite, zu ziehen: Wir haben vor drei Jahren unseren Hauptsitz neu eingerichtet. Selbstverständlich, wir haben nicht so viele Mitarbeiter wie die Stadt Kloten, das ist so. Aber wir haben einen Hauptsitz mit 30 Arbeitsplätzen und 5 Sitzungszimmern für insgesamt CHF 55'000.00 – mehr hat es nicht gegeben. Und wir haben heute sehr gute Möbel, die zweckmässig sind und diese werden wahrscheinlich 10, 15, ich denke eher 20 Jahre halten müssen. Und es geht uns nur darum, ein bisschen nachzudenken, über das, was im Budget drin steht, auch wenn es – zugegebenermassen – nur ein kleiner Betrag ist.

Fabienne Kühnis, Grüne:

Liebe FDP, ist dies wirklich euer Ernst? Ich finde dies einfach nur noch geizig und besserwisserisch.

Christoph Fischbach, SP:

Beat [Vorburger Beat, FDP] ist nicht der Einzige, der Zahlenaffin ist – das bin ich auch. Ich war unter anderem auch in einem grossen Verein genügend lange Kassier, da hatten auch nicht alle immer Freude an mir, meine Vorstandskollegen. Ich bin auch dafür, dass man im Kleinen spart, dort kann man auch sparen, das ist absolut richtig. Hier stellt sich einfach die Frage: Wer ist für was zuständig. Und mit so einem Antrag, muss ich ganz ehrlich sagen, wird der Stadtrat und vor allem die Verwaltung als, wie soll ich das sagen, damit es noch anständig bleibt, etwas als „deppert“ hingestellt. Weil der Stadtrat und die Verwaltung machen das genau auch schon so: Die gehen nicht einfach hin nur weil sie CHF 15'000.00 im Budget haben und geben diese CHF 15'000.00 aus, sondern sie geben was nötig ist aus. Und geben nicht einfach das aus, um das Budget

aufzubrechen. Genau mit solchen Anträgen vermittelt ihr den Eindruck, dass es nicht so ist. Und dies finde ich auch einen absolut fehlenden Vertrauensbeweis gegenüber dem Stadtrat und der Verwaltung. Und darum finde ich wirklich... Es ist einfach nicht unsere Aufgabe, dass wir hier bis ins kleinste Detail hinunter das Zeug zusammenstreichen gehen. Und auch von wegen wie du sagst „Zeichen setzen“: Zeichen setzt man nicht so. Weil das ist... Da hat es Fabienne [Kühnis Fabienne, Grüne] vorhin richtig gesagt, ich wiederhole es nicht mehr, wir haben es alle zusammen gehört.

Silvan Eberhard, SVP:

Die SVP wird diesen Antrag ebenfalls nicht unterstützen. Wir sind der Meinung, wie es Christoph [Fischbach Christoph, SP] vorhin schon gesagt hat, die Verwaltung und der Stadtrat gehen sorgsam mit unseren Mitteln um und werden die CHF 15'000.00 nicht brauchen. Ich bin aber trotzdem der FDP für den Hinweis dankbar. Ich denke, es gibt doch ein Zeichen in Richtung Verwaltung, dass man auch solche Beträge anschaut und dort versucht den Finger drauf zu halten.

**Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Keine Mehrheit

Somit wird der Antrag nicht angenommen.

**Antrag der FDP**

**3260.21**     **Unterhalt Liegenschaften Verwaltungsvermögen**     **Stadthaus**  
**3140.000**     **Baulicher Unterhalt**  
**Antrag**     **Vollständige Streichung der Position „Überdachung Terrasse 8. OG“**  
**Betrag**     **CHF 55'000.00**

Beat Vorburger, FDP:

Wir haben es gehört, CHF 55'000.00 ist der Antrag, dass man die geplante oder im Budget eingestellte Überdachung der Terrasse im 8. Obergeschoss des Stadthauses aus dem Budget streicht. Dies ist aus unserer Sicht ganz klar ein „nice to have“-Posten, ich kann es nicht anders sagen. Man kann das natürlich aus verschiedenen Blickwinkeln anschauen, das ist mir bewusst. Ich war auch dabei an zwei GRPK-Sitzungen als Vertreter von Peter Nabholz. Dies hat zu zwischenpolitischen Diskussionen geführt. Es sind auch immer wieder verschiedene Argumente dafür dagegen. Da möchte ich schon sagen... Ein Argument kann sein, dass es eine Verbesserung der Situation der kleinen Cafeteria ist, die es hat im 8. Obergeschoss. Dass wenn es im Sommer mal nicht so schön Wetter ist, etwas regnet, dass man vielleicht draussen Mittag essen kann – das mag eine Begründung sein. Aber ich muss sagen, wenn es nicht schönes Wetter ist oder im Winter sowieso, sehe ich nicht ein, dass man draussen isst. Dann isst man vielleicht eher am Arbeitsplatz oder geht in ein Restaurant oder in einen Take away, verbringt die Mittagspause so. Eine andere Argumentationsschiene ist natürlich denkbar. Wir haben es heute Abend schon gehört und wir haben es überwiesen: Die Motion für eine aktivere Vermarktung der Infrastrukturen. Jetzt kann man sich fragen, gehört ein Stadthaus wirklich als erstes, ist das ein Objekt, dass man aktiver vermarkten möchte oder ist es in erster Linie ein Verwaltungsgebäude. Da muss ich sagen, in der Postulats-Antwort – es ist ja nicht der erste Vorstoss, den wir hatten – hat der Stadtrat aus seiner Sicht – und ich gebe ihm da durchaus recht – gesagt, das Stadthaus gehöre nicht in erster Linie dazu, um vermarktet zu werden. Es kann ja sein, dass man im Rahmen dieser Motions-Beantwortung plötzlich zu einem anderen Schluss kommt. Oder der Gemeinderat sagt, dass müssen wir machen. Es kann sein, dass dann ein Dach oder sein Sonnenschutz eine Verbesserung wäre, das ist so. Aber bis wir die Motionsantwort haben, geht es definitiv nochmals lange Zeit und darum ist es problemlos möglich, die Position für den Moment aus dem Budget hinaus zu streichen.

Fabienne Kühnis, Grüne:

Ein Teil von mir würde hier wirklich zustimmen. Aber der andere Teil sagt mir, siehe Motion Anfangs Sitzung. Entweder man will das Stadthaus eventuell vermarkten oder man lässt es ganz sein.

**Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Keine offensichtliche Mehrheit.

Der Antrag wird abgelehnt.

#### Antrag der GRPK

5210.20 Lebensraum Energiestadt / Förderung energetischer Massnahmen  
3180.000 Dienstleistungen Dritter  
Antrag auf Streichung Rezertifizierung und Überarbeitung Energieplan  
Betrag CHF 50'000.00

Heiri Brändli, GRPK:

Unsere Präsidentin [Bannwart Irina, Ratspräsidentin] hat schon fast alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt. Es geht um die Rezertifizierung im weitesten Sinn des Energiestadtlabels. Die GRPK hat dies intensiv diskutiert, kontrovers diskutiert und empfiehlt mehrheitlich, den budgetierten Betrag aus Spargründen komplett zu streichen und die CHF 50'000.00 aus dem Budget zu nehmen.

#### Weitere Wortmeldungen aus der GRPK:

Reto Schindler, GRPK:

Dass die Streichung der Rezertifizierung des Energiestadtlabels eine mittlere bis grössere Katastrophe ist, habe ich bereits in der Grundsatzdebatte erwähnt. Ich möchte es mir hiermit aber nicht nehmen lassen, die Haltung unserer Energieministerin, Frau Doris Leuthard [Bundesrätin], zum Energiestadtlabel wieder zu geben. Sie schreibt auf der Webseite der Energiestadt folgendes:

#### Zitat

*Energiepolitik, Energieversorgung, Energietechnologie – mit dem Beschluss vom Mai 2011 für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie haben Bundesrat und Parlament eine neue Dimension eröffnet. Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind zum Massstab für eine weniger fossile, effizientere und sichere Zukunft gemacht worden.*

*Diese Energiestrategie ist nur zu schaffen, wenn der Verbrauch fossiler, importierter Energie für Verkehr und Wärme reduziert, generell die effiziente Energienutzung erhöht, die Potenziale der erneuerbaren Energieträger aus- und der Widerstand gegen einzelne Projekte abgebaut werden. Dazu braucht es ein koordiniertes Vorgehen von Bund, Kantonen, Gemeinden, Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne Zusammenarbeit verirren wir uns auf dem langen Weg bis 2050 in politischen Opportunitäten und kurzfristigen wirtschaftlichen Vorlieben.*

*Eine Schlüsselfunktion bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050 nehmen dabei die Gemeinden ein: Sie haben den direkten Draht zur Bevölkerung. Sie sind für die Energieversorgung, die Mobilitätsplanung und die Raumordnung in ihrem Bereich zuständig. Damit haben sie bei Bau und Sanierung der öffentlichen Infrastruktur Vorbildcharakter. Das Projekt Energiestadt trägt dieser Schlüsselfunktion Rechnung.*

*Energiestädte illustrieren den Erfolg einer Energiepolitik, die auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz beruht. Das Energiestadt-Projekt wird seit 1988 erfolgreich betrieben. Bereits über die Hälfte der Bevölkerung in der Schweiz lebt in einer Energiestadt. Das Programm ist sichtbarer Beleg dafür, dass die vom UVEK verfolgte Energiestrategie realistisch ist. Energiestadt ist eine Erfolgsgeschichte, die inzwischen als European Energy Award auch vom Ausland übernommen wurde. Das Label ist gut fürs Image, fürs Portemonnaie und für kommende Generationen.*

*Den Erfolg können wir noch steigern, wenn wir über die Stadtgrenzen hinaus in grösseren Zusammenhängen, in funktionalen Räumen denken und handeln. Die heutige Lebensweise der Menschen erfordert immer mehr*

*Koordination, eine vernetzte Raum-, Verkehrs- und Energiepolitik. Nur dies führt zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes. Daher müssen die Energiestädte zu Energie-Regionen vernetzt werden. Die Potenziale der Gemeinden müssen über die Regions- und Kantonsgrenzen und allenfalls auch über die Landesgrenzen hinweg genutzt werden. Der Ausbau des Energiestadt-Projekts mit weiteren Programmen wie 2000-Watt-Gesellschaft, Nachhaltige Quartiere, Smart City, Mobilität und Energie-Region zeigt den richtigen Weg.*

*Was von unten wächst, ist breit abgestützt und wird Früchte tragen. Von den Gemeinden erwarte ich daher noch viele kreative und innovative Lösungen.*

*Zitat Ende*

Dies, meine lieben Sparfüchse, ist nicht die Haltung von irgendwelchen Grünen Fantasten. Nein, es ist die Meinung unserer Landesregierung. Wie erwähnt wird die Energiestrategie 2050 in den Gemeinden umgesetzt. Und dies kommt nicht einfach von selbst. In der Stadt Kloten zum Beispiel sind in den letzten Jahren folgende Massnahmen bereits in Angriff genommen worden oder in nächster Zeit geplant:

- Optimierung der Strassenbeleuchtungen
- Erarbeitung einer neuen Verkehrsplanung
- ein Mobilitätskonzept für die Angestellten der Verwaltung – das von der Ratsmehrheit abgelehnt worden ist
- Etablierung des neuen Förderprogrammes für Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien
- Ausbau des Anteils von lokal produziertem Solarstrom in Zusammenarbeit mit Bürgern und der IBK
- Kloten verwertet die Grünabfälle zu 100% für die Energieproduktion
- sämtliche Parkplätze in der Stadt sind bewirtschaftet
- für die Stadeligen Bauten wird eine umfassende Energiebuchhaltung geführt
- die Stadt Kloten baut und saniert ihre eigenen Liegenschaften grundsätzlich nach dem Mineriestandard
- Kloten bezieht für ihre Liegenschaften und die Strassenbeleuchtungen den Strom ausschliesslich aus erneuerbaren Energien
- mit einer Schwachgasfackel wird auf der Alt-Deponie Homberg Methan verwertet, damit werden CO<sub>2</sub>-Kompensationsanteile erarbeitet
- und so weiter und so fort

Man sieht also, es ist schon einiges realisiert und geplant worden. Auch würde ich die Vertreter der Sparallianz gerne einmal einladen, einen Blick auf die Landkarte unserer Region zu werfen. Wir sind rundherum von vielen Energiestädten umgeben, darunter Opfikon, Dietlikon, Wallisellen, Bülach, Dübendorf, Regensdorf, Uster, Volketswil, Zürich, Winterthur und viele mehr. Bei der SVP-Fraktion ist die Haltung zum Energiestadtlabel sehr gut nachvollziehbar, hat man doch auf nationaler Ebene das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 ergriffen. Dass aber die FDP diese Haltung mitträgt, erstaunt umso mehr: Deren Fraktion im Bundesparlament hat diese grossmehrheitlich mitgetragen. Aber vielleicht weiss man es ja in Kloten besser als in Bern. Ich als Mitglied dieses Parlaments auf jeden Fall, schäme mich dafür, dass Kloten in eine Zukunft geht, in der keine Massnahmen gegen den Klimawandel mehr auf sich nehmen möchte und ihn somit eigentlich negiert. Etwa so ähnlich wie ein gewisser Donald aus den USA. Von euch, liebe Sparfüchse, hätte ich eine ganzheitlichere Betrachtung der Materie gewünscht, bin aber jetzt leider enttäuscht worden. Es geht – wie schon gesagt – einfach darum, dass in diesem Voranschlag doch noch etwas eingespart wird.

Ueli Enderli, GRPK-Präsident:

Es wäre mir noch ein Anliegen: Dass was Reto [Schindler Reto, Grüne] zum Besten gegeben hat sehr umfangreich, widerspiegelt nicht eine GRPK-Meinung, wie er sich zu Wort gemeldet hat, sondern eine Gemeinderats-Meinung. Die GRPK-Meinung ist kundgetan worden durch Heiri Brändli. Das möchte ich, dass dies so im Protokoll vermerkt wird.

Reto Schindler:

Das widerspiegelt die Minderheit der GRPK.

Irina Bannwart:

Ich bin davon ausgegangen, dass ich nach der Wortmeldung von einer Minderheit der GRPK gefragt habe.

#### **Wortmeldungen aus dem Gemeinderat:**

Sigi Sommer, SP

Ich habe bei der Stellungnahme zu meiner Interpellation bereits bemerkt, dass der Kanton auch entsprechende Streichungen machen will, was die Energie angeht. Wir hier in Kloten sind so eine erfolgreiche Gemeinde, dass wir CHF 33 Millionen – das ist wahnsinnig viel Geld, das ist etwas mehr als die Hälfte, als gerade im Jackpot ist von der Lotterie, es ist so viel Geld – dass wir das an den Finanzausgleich bezahlen können. Die CHF 50'000.00 sind 0.15%. Ein bisschen mehr als 0.1% Wir wollen dies nicht ausgeben für unsere Umwelt. Für unsere Stadt. Für unsere Zukunft. Für unsere Kinder. Für die jungen Leute, die hier oben sitzen. Das verstehe ich nicht.

Heiri Brändli, EVP:

Wir haben es schon ein paar Mal gehört: Sparen ist ja wirklich eigentlich gut, aber bitte wirklich auch am richtigen Ort. Seit geraumer Zeit ist die Stadt Kloten stolzer Besitzer des Labels Energiestadt. Ich muss vielleicht noch dazu sagen: Ich bin eigentlich nicht Fan von Labels. Aber es hat tatsächlich manchmal auch einen gewissen Sinn. Das Label ist nämlich nicht nur einfach irgendein Schriftzug, der irgendwo auf einer Homepage oder irgendwo auf dem Briefpapier ist. Nein, es ist ein Symbol, das die Stadt tatsächlich auch über die Grenzen hinaus bekannt macht. Es ist in diesem Sinn, es zeigt, dass Kloten mit seinen Ressourcen, mit der Umwelt, mit der Energie, mit der Mobilität nach den Vorstellungen dieses Labels umweltgerecht und schonend umgeht. Ich weiss nicht, ob ihr das kennt – die meisten wahrscheinlich nicht: Es gibt einen wunderschönen Flyer, den man herunterladen kann auf der Homepage Energiestadt, in dem Kloten wunderbar dargestellt wird, wie gut wir sind. Auch wieder Stolz, wie gut wir sind in diesem Bereich. Und wir gehen jetzt hin – oder wenigstens ein Teil von uns – und möchten diesen Betrag – wir haben danach noch einen Zweiten, der in das genau gleiche hineingeht – streichen. Ja gut, dann verlieren wir halt das Label Energiestadt. Es ist schon komisch, wir haben grade etwa vor einer Stunde oder so diskutiert und die Motion überwiesen über die gesamtheitliche Vermarktung der Stadt. Genau dort wäre ein solches Label mehr als nur sehr wichtig, wenn man es hätte. Weil das ist ein Zeichen gegen aussen, das wirklich wichtig ist, auch für die Vermarktung. Auch wenn es vielleicht nur Räume und Events anbelangt, aber es würde helfen. Nun gut, anscheinend ist die Umwelt und unsere Ressourcen – ich sage jetzt den bürgerlichen Parteien egal. Und Umweltschutz ist anscheinend nicht nötig. Ich gehöre nicht der Grünen Partei an, da lege ich Wert darauf. Heute war der Samichlaus da, es ist ein christlicher Tag, da kann man abgesehen davon auch mal die Schöpfungsgeschichte anschauen, die uns ermahnt, ständig und stets mit unserer Umwelt sorgsam umzugehen. Ich muss aber auch erwähnen, dort drin steht meines Wissens nichts, dass man dafür ein Label braucht. Das war früher noch gar kein Thema. Es ist so, auch ohne Label würde es gehen. Nur: Man hat keinen Druck, man muss nicht, also macht man es nicht. Es ist leider in der heutigen Gesellschaft tatsächlich so. Und darum ist dieses Label wirklich sehr sehr wichtig. Ich persönlich schäme mich wirklich auch, wenn es die Stadt Kloten fertig bringt – oder wir hier drin – dieses Label abzuschliessen. Dies ist unter jedem... den Rest könnt ihr euch selbst dichten.

Pascal Walt, CVP:

Den Energiehaushalt optimal managen – so heisst unsere langfristige Reisezukunft. Da drum herum kommt kein Einzelner von uns. Dabei will, muss und darf die Stadt Kloten uns Einwohner auch unterstützen. Denn die ganze Energiestrategie des Bundes, den Energieverbrauch zu minimieren, gilt es auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Was bedeutet das konkret? Die Stadt will weiterhin Energieberatungen für die Bevölkerung bereitstellen, damit man so die Energiepotentiale aufdecken und moderne Optimierungsmöglichkeiten schmackhaft machen kann, neue Technologien nutzen. Doch nicht nur die Bevölkerung sondern auch die Stadt hat dadurch Vorteile, durch die ganze Zertifizierung. Sie als Energiestadt erhält durch das auch eine gewisse Dienstleistung zurück. Zum Beispiel flächendeckende Energiebuchhaltung. Damit kann sie auch ihren eigenen Energiehaushalt flächendeckend optimal gestalten. Auch wenn so ein Gesamtpaket – auch mit dem nachfolgenden Sparantrag zusammen gekoppelt – nicht ganz günstig ist, erkennt die CVP trotzdem den Nutzen, den bewährten Energieplan weiterzuführen und das entsprechende Förderprogramm in Kloten umzusetzen. Die Zukunft kommt. Und dann möchten wir auch den Energiehaushalt optimal managen können. Entsprechend sind wir gegen den Streichungsantrag.

Ueli Schlatter, SVP:

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der GRPK auf Streichung der Rezertifizierung und der Überarbeitung des Energieplanes. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Kosten dazu zu hoch sind und dass die Stadt ohne weiteres ohne dieses Label leben kann. Oder hat die Stadt Kloten erleben müssen, dass es Einwohner oder Unternehmen gegeben hat, die extra deswegen nach Kloten kamen oder abgezogen sind? Wohl kaum. Ökologie kann auch ohne diese Bürokratie – und Labels, das kenne ich aus dem geschäftlichen Bereich, das ist immer eine Bürokratie – kann ohne Probleme stattfinden und umgesetzt werden. Labels sagen nichts aus über die Leistung. Sie sind auf einem Papier festgehalten. Ich möchte sagen: Sind wir stolz, wenn wir auch ökonomisch, ökologisch in der Stadt Kloten sein können und das anpacken können.

Christoph Fischbach, SP:

Ich habe eigentlich gedacht, es kommen gar keine Argumente für diesen Streichungsantrag. Jetzt ist noch etwas gekommen. Aber das sind alles gar keine Argumente. Vor allem widerspricht es sich an und für wieder selbst. Weil ich sage mal, das Argument, man könne auch ohne das Label oder ohne Druck mache man etwas – das wird nicht so herauskommen. Das ist genau der erste Schritt. Wenn man das gestrichen hat, sagt man, wir brauchen es ja nicht, wir können die weiteren Massnahmen auch streichen und so weiter und so fort. Und das Zweite noch kurz vom Formellen her: Reto [Schindler Reto, Grüne] hat alles richtig gemacht. Es ist von jeder Kommission die Kommissionminderheit vertreten, diese hat er vertreten. Und das ist nicht so, dass er dort etwas falsch gemacht hätte, das ist alles absolut richtig abgelaufen.

Peter Nabholz, FDP:

Die Stadt Kloten möchte CHF 50'000.00 für die Rezertifizierung dieses Energielabes ausgeben. Ich habe auch, wie Reto [Schindler Reto, Grüne], auf der Homepage von Energiestadt etwas herumgeschaut. Auf dieser werden 10 Schritte beschrieben, wie die Stadt zu einer Zertifizierung kommt. Und zwei weitere Schritte, wie sie dieses Label erhalten kann. Der letzte Schritt, der Schritt 12, ist die in dem Betrag von CHF 50'000.00 erwähnte Zertifizierung. Auf dieser Homepage hat der Nutzer die Möglichkeit, die einzelnen Energiestädte anzuschauen. Damit eine Stadt, die als Energiestadt aufgenommen wird, weiter geführt wird, muss ihr Energie-politisches Profil mindestens 50% von ihrem Potential ausschöpfen. Im Jahr 2009 hat die Stadt Kloten einen Anteil von 57% erreicht. Unter dieser Homepage habe ich auch die Energiestadt Kloten gefunden und habe den letzten Bericht angeschaut und der ist aus dem Jahr 2013. Dort habe ich die Zusammenfassung der erreichten Punkte gesehen und dort hat der Anteil noch 54% betragen. Aus dem Bericht aus dem Jahr 2013 werden auch die nächsten Schritte erwähnt oder sind die nächsten Schritte erwähnt worden, die die Stadt Kloten gehen möchte. Als Erstes ein laufendes Monitoring von der Energie- und Klimabilanzierung für das

ganze Gemeindegebiet. Als Zweites die Zusammenarbeit mit der IBK, bei welcher die Energiegenossenschaft mit einer Bürgerbeteiligung für die Produktion von erneuerbarem Strom in Kloten aufgebaut wird. Als Drittes die Einführung von einem Mobilitätskonzept für die Verwaltung. Als Viertes eine städtisches Förderprogramm Energie, zudem wir im nächsten Budgetpunkt darauf kommen. Jetzt: Unter dem Punkt 2 ist die Energiegenossenschaft bekanntlicherweise in den Konkurs gegangen. Und unter dem Punkt 3 ist die Einführung des Mobilitätskonzeptes für die Verwaltung im Parlament gescheitert. Der Punkt 4, das erwähnte Förderprogramm 2017 werden wir im nächsten Budget-Traktandum anschauen. Auf was ich hinaus will: Sehen die Verantwortlichen dieses Budgetpostens die Möglichkeit, dass wir für CHF 50'000.00 eine Rezertifizierung von unserem Energielabel anstreben, mit der Unsicherheit – Ueli [?] hat es vorhin schon gesagt – dass wir allfällig dieses Energielabel gar nicht mehr erreichen können. Und ich bin überzogen, Massnahmen können auch ohne Label gemacht werden. Dieses ist Ökosymbolik.

Roman Walt, glp:

Wir haben es vorhin etwas von Zahlen, wir haben es von Prozenten gehabt. Ich möchte eine weitere Zahl mit in den Raum geben: Die Stadt Kloten hat im Zeitraum 2014/15 – das habe ich aus dem Geschäftsbericht der IBK – 260 Millionen Kilowattstunden gebraucht. 260 Millionen. Wenn man das auf die Leistung eines AKW überträgt: 260 Gigawatt, ein AKW bietet 8'000 Gigawatt, dann haben wir knapp 5% eines Atomkraftwerkes gebraucht. Reto [Schindler Reto, Grüne] hat es vorhin erwähnt: Das Ziel der Energiestrategie muss es sein, dass man diesen Verbrauch hinunter bringt. Da hat es extrem viele Punkte drin, die man berücksichtigen muss: Energieeffizienz, Förderung von erneuerbaren Energien, energiefördernde Massnahmen. Jeder Einzelne der hier gefordert ist. Und mit jeder Einzelne meine ich sowohl die Bevölkerung, Bürger, Privatpersonen. Ich meine die Industrie. Ich meine das Kleingewerbe. Ich meine das Gewerbe ganz allgemein. Der Flughafen, der auch relativ viel macht, was erneuerbare Energien angeht. Und ich meine auch die Stadt und die Verwaltung, die hier vorausgehen müssen. Es ist klar, dass von so einem Energielabel, von so einem Zertifikat, da wird die Energie-Strategie nicht stehen oder fallen. Ein Label – mein Fraktionskollege [?] hat es vorhin auch schon gesagt – muss belebt werden, es muss etwas drin sein, nicht nur das Papier. Aber weil es eine Verzahnung ist, weil es von jedem kommen muss, ist es zentral, dass auch die Stadt, die das an irgendeinem Ort festgehalten hat, dass man diesen Weg gehen will. Dass man von 260 Millionen Kilowattstunden, dass man von diesen wegkommen will. Dass wir wirklich weniger Strom verbrauchen wollen. Im Hinblick auf ein nachhaltiges Zusammenleben auch in Zukunft. Ich werde zum Förderprogramm – Peter Nabholz [FDP] hat es erwähnt, das ist der nächste Punkt – werde ich nachher noch darauf eingehen. Aber im Sinne des Zusammenarbeitens, des miteinander versuchen Ziele zu erreichen, würde ich dafür plädieren, dass man diesen Posten nicht streicht.

Fabienne Kühnis, Grüne:

Ich mache es kurz: Ueli Schlatter [SVP] ich nehme dich beim Wort, dass wir auch ohne Label ökologisch Handeln können.

Martin Jegge, EDU:

Wisst ihr wie es ist, in einer kalten Wohnung zu sein? Wisst ihr wie es ist, kalt duschen zu müssen? Ich könnte Ihnen Dutzende Bewohner der Stadt Kloten nennen, Wähler von fast jeder Partei, die hier drin vertreten ist, die im Moment friert und kein warmes Wasser hat. Weil sie daran geglaubt haben, dass eine Holzschntzelheizung, propagiert und installiert von der IBK, nicht funktioniert. Schlichtweg nicht funktioniert. Weil man anscheinend – dies ist mein heutiger Wissensstand, sollte es anders sein, bitte ich, mich zu korrigieren – die Energieleistung nicht weiter herauf drehen darf, weil es unser Energielabel verbietet. Weil wir sonst die Standards nicht mehr einhalten können. Sorry, solche Energielabels brauche ich nicht. Das ist ein Fakt, in der Sonnhalde oben frieren die Leute. Jetzt. Mitten im Winter. Das sind für mich Fakten, die zählen. Das sind unsere Wähler, Wählerinnen und Wähler. Weil man es mit dieser Technik, die man so hochjubelt, mit

dieser Belabelung nicht hinbringt, am Ende dieser Heizschlange genügend Wärme hinzubringen, damit die Menschen nicht frieren müssen. Und mit diesem ganzen Zeugs legen wir uns Fesseln an, auch für zukünftige Bauprojekte, sei es im öffentlichen oder im privaten Bereich, die jeden Handlungsspielraum stark beschränken. Und vor allem auch verteuern. Man darf teurer und besser bauen, das ist nicht verboten. Und dass die Stadt hier eine Vorbildfunktion einnehmen soll, da bin ich absolut dafür und da habt ihr meine Stimme ständig, das verspreche ich heute und hier. Wenn es Sinn macht, Hände und Füsse hat. Aber es gibt einfach Sachen, die kann man nicht einfach immer und überall unhinterfragt stehen lassen. Und solche Labels, die sind absolut nicht zielführend, die kosten nur Geld und sonst gar nichts. Man kann sich damit schmücken. Alle Städte um uns herum haben dieses Label auch. Schön und gut. Und, was nützt es ihnen? Vielleicht haben sie auch ein paar Abteilungen wo es kein Warmwasser hat, keine Dusche, keine Heizung. Ich weiss, ich spreche als betroffener, meine Wohnung ist Gott sei dank noch warm. Aber viele Dutzende bei uns oben frieren. Und an diese denke ich jetzt in diesem Moment. Denkt auch mal daran. Nicht immer alles was grün angemalt ist, ist so schön grün, wie es von Aussen aussieht. Gäll Reto [Schindler Reto, Grüne], jetzt bin ich wieder mal etwas emotional geworden.

Roman Walt, glp:

Also lieber Martin [Jegge Martin, EDU]: Mein Verständnis dafür, wenn Leute frieren, weil die Technik nicht funktioniert. Dies aber auf eine Holzschnitzelheizung zurück zu führen ist sehr vereinfacht, sehr plakativ und gehört gar nicht hierher. Bei uns im Haus – ich muss dies leider zugeben – ist noch eine Ölheizung drin, diese wird nächstens ersetzt werden und auch diese funktioniert nicht immer, auch unsere Mieter haben ab und zu kalt. Die Frage ist jetzt noch, in welchem Zusammenhang ist dieses Projekt gemacht worden? Hat man sich überlegt, ein Wärmeverbundnetz aufzubauen? Ich kenne den Fall nicht so genau, darum ist es auch relativ gefährlich, das hier so aufzuführen. Wir hatten vor kurzem einen Fall hier drin, in dem es um die Sanierung des Hinterwiden ging, wo man eine Photovoltaikanlage auf das Dach macht, aber diese Anlage, die das heisse Wasser produziert, nicht an ein Netz anbindet. Da wird Strom verbraucht, da wird die Technik nicht genutzt. Ich würde dafür plädieren, wenn man wirklich etwas richtig machen will, dass man es in einem gewissen Zusammenhang anschaut. Und wenn du solche Fälle bringst, bitte konkret belegen.

Heiri Brändli, EVP:

Sorry, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber bitte vermischt doch nicht ein technisches Problem von einer Heizung mit irgendwelchen Labeln. Das hat miteinander schlichtweg nichts zu tun. Es tut mir auch Leid für jeden der friert in dieser Jahreszeit. Selbstverständlich, ich dusche auch lieber warm als kalt und habe es auch gern warm in der Wohnung. Aber wenn diese Heizung nicht funktioniert... Ich kenne diese Problematik – also kenne ist etwas übertreiben, aber ich habe schon gehört von dieser Problematik im Hinterwiden. Da hat man ein technisches Problem und eine falsche Konzeption gemacht. Dies ist tatsächlich vielleicht so. Aber das hat doch mit diesem Label nichts zu tun und mit der Energiestadt überhaupt nichts zu tun. Wirklich nicht.

Und vielleicht noch als Antwort, Peter [Nabholz Peter, FDP], auf dein Votum: Ja das stimmt, du hast recht, diverse Punkte können wir nicht machen, die dort drin bereits erwähnt worden sind, die man eigentlich müsste, um es künftig wieder zu erreichen. Aber diese Rezertifizierung dient genau dazu, um jetzt Alternativen heraus zu finden, Punkte suchen und zu finden. Es gibt noch einen ganzen Blumenstrauss mehr, den man auch realisieren kann, mit wenig Geld oder gar kein Geld, damit man dieses Label behalten beziehungsweise weiterführen kann. Es ist ja nicht explizit erwähnt, man müsse etwas, wenn man das aus irgendwelchen Gründen nicht kann. Und beim Mobilitätskonzept bin ich nach wie vor auch der Meinung, hat man über das Ziel hinausgeschossen in gewissen Bereichen. Wenn man das nicht kann, gibt es aber andere Möglichkeiten, um dieses Label trotzdem zu erreichen.

Nochmals meine Bitte: Bitte nicht technische Sachen mit Label verwechseln.

## Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

### Wortmeldungen aus dem Stadtrat:

Max Eberhard, Ressortvorstand Raum + Umwelt:

Ich möchte noch etwas präzisieren an den Ratskollegen Martin Jegge [EDU]: Es war nicht die IBK, die dies begleitet hat – ich bin dort auch dabei. Das war EKZ. Ich kann ganz klar sagen, die IBK liefert wohl den Strom dort hinauf, aber wir waren nicht diejenigen, die das Projekt gemacht haben.

Andererseits möchte ich gleich noch antönen als langjähriger Besitzer einer Holzsnitzelheizung: Es ist ganz klar, wenn ihr eine Holzsnitzelheizung habt, lacht ihr euch Probleme an und die begleiten euch immer wenn es einmal kalt ist und diese muss man halt lösen. Und da oben sind es sehr wohl technische Probleme, die leider nicht genug gewartet worden sind, Und ich hoffe für euch, ihr habt auch wieder warm. Aber ich kenne das Problem „Holzsnitzelfeuerung“, es ist halt nicht etwas Flüssiges das brennt.

Aber nochmals: Es war nicht die IBK sondern das EKZ, die dies begleitet hat.

Priska Seiler Graf, Ressortvorsteherin Sicherheit: 54

Ich komme nach vorne, weil ich möchte euch etwas spüren, ich möchte euch etwas näher sehen, ich will euch natürlich etwas ins Gewissen reden. Wir haben jetzt ganz viel gehört, es ist ganz viel gesagt worden. Über einige Sachen habe ich mich sehr gefreut, die muss ich nicht mehr länger ausführen, andere Sachen natürlich weniger. Ich möchte einfach daran erinnern – und jetzt muss ich halt doch etwas in die Vergangenheit zurückgehen –, dass dieses Energiestadtlabel erworben worden ist auf Grund eines Auftrages von diesem Parlament hier drin, im Jahr 2004. Es war dazumal Jörg Schlenker [Grüne], ich kann mich noch genau erinnern. Jetzt ist dieses Label, das ist richtig, das muss man alle vier Jahre rezertifizieren, aber diese Rezertifizierung hat auch einen Sinn. Das ist nicht nur eine Schikane und eine Geldmacherei, wie das jetzt so dargestellt worden ist, sondern sie bringt auch wirklich etwas. Man schaut alle Massnahmen, die man bis jetzt gemacht hat, genau an und durchleuchtet sie. Bringen diese wirklich etwas. Bringt es vielleicht etwas, das man meint es sei gut, nützt es vielleicht nichts, ist dies nicht effizient. Könnte man etwas anderes machen? Es muss auch nicht immer alles wahnsinnig viel Geld kosten. Und man greift als Stadt auf das Wissen, auf das enorme Wissen von dem Verein Energiestadt zurück. Die Energiestadt ist immer am Puls der Zeit. Das kann man als einzelne Stadt nicht so genau sein, weil wir uns ja auch noch mit anderen Themen beschäftigen müssen als Energie sparen. Der Benefit, den man also von dieser Energiestadt bekommt, der ist gross. Und wenn wir nicht in der Energiestadt sind, dann müssen wir uns das Wissen irgendwo anders herholen, weil irgendetwas in diesem Bereich müssen wir machen. Es geht schlussendlich immer darum, nur kann man das jetzt nicht so genau beziffern, man müsste es mal, es ist noch nicht ausgerechnet worden. Es geht ja darum dass man Energie einspart, das heisst schlussendlich auch Kosten einspart. Mit der Streichung dieses neuen Förderprogrammes – ich spreche auch gleich zum Punkt danach – und eben dieser Rezertifizierung können wir dieser Verpflichtung aber kaum mehr nachkommen, die wir als Energiestadt haben. Und ihr könnt es nun drehen und wenden wir ihr möchtet, für mich ist es ein versteckter Angriff: Ausstieg aus dem Energiestadtlabel. Aber statt den Mut zu haben, diesen Antrag zu stellen, wird einfach alles drum herum gestrichen so dass man einen Sachzwang schafft. Ich finde das ehrlich gesagt etwas feige. Hier drin ist man offenbar der Ansicht, dass man keine Massnahmen machen muss zur Energieeinsparung. Die Energiewende soll nicht mitgetragen werden. Dieser Ansicht kann man sein. So muss ich auch diese Kürzungsanträge verstehen. Mit Verlaub, nun muss ich leider deutlich werden: Das ist wenig weitsichtig, das ist kleingeistig und das ist völlig entgegengesetzt dem Zeitgeist. Reto Schindler [Grüne] hat es schön gesagt: Die Energiestrategie 2050 ist beschlossen von den Räten, ist vorgeschlagen worden vom Bund. Diese beinhaltet den Ausstieg aus der Atomenergie – nicht so schnell wie es die Grünen mit ihrer Initiative wollten, aber doch einen Ausstieg aus der Atomenergie. Man möchte viel mehr machen bei Energieeffizienzmassnahmen, denn die beste Energie ist

diese, die man gar nicht benötigt. Ich glaube da sind wir uns alle einig. Dann sollen auch noch ganz klar noch mehr gefördert werden: Die neuen erneuerbaren Energien wie Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie. Alle müssen mitziehen an diesem Strick, alle. Bund, Kantone und eben auch Gemeinden. Und es geht nur, wenn die Gemeinden ihren Beitrag hier auch leisten. Und schlussendlich natürlich auf Privatpersonen. Wenn ihr jetzt dieses Förderprogramm streichen wollt, finde ich das ehrlich gesagt nicht so wahnsinnig fair und auch nicht so wahnsinnig gescheit. Denn die Bürgerinnen und Bürger werden so direkt bestraft. In diesem Förderprogramm geht es ja darum, dass wirklich der Einzelne etwas davon hat. Dass Leute, die eine Photovoltaikanlage auf das Dach tun wollen aber den grossen Aufwand scheuen – und das sind ganz viele, das weiss ich selbst aus meinem Bekanntenkreis, die es vielleicht machen würden aber sie haben keine Zeit, um Photovoltaikspezialist zu werden. Dort sollen die Leute unterstützt werden, in der Energieberatung. Es ist schon angetönt worden: Für wenig Geld eine professionelle, guter Energieberatung bekommen. Und so weiter. Es ist ein selbstherrlicher Entscheid, wenn man so etwas kürzt. Es geht ja schlussendlich nicht nur darum, ob man das Label bekommt oder nicht. Sondern es geht darum, dass man wirklich etwas vorantreiben kann, das weiter geht in der Energieeinsparung. Von was ihr auch einen wahnsinnigen Profit davon habt, ist von der Energiebuchhaltung für die städtischen Liegenschaften. Und das gibt es in Zusammenarbeit mit der Energiestadt. Wenn alle jetzt auf der Homepage geschaut haben und so wahnsinnig gut wissen, wie es ist, mit dieser Energiestadt zusammenarbeiten – also ihr wart ja eigentlich nie dabei, wenn wir Sitzungen hatten mit der Energiestadt. Es ist so, dass die Unterstützung sehr gross ist, sehr professionell und auch sehr effizient. Mit der Energiebuchhaltung von unseren städtischen Liegenschaften haben wir sehr viel eingespart. Es ist aber noch mehr möglich. Aber, das möchte ich sagen, weil noch viel möglich ist und man dies mit einfachen Massnahmen auch erreichen kann, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir auch die 50 Punkte wieder erreichen. Es ist übrigens kein Problem, diese zu erreichen mit etwas Phantasie und gutem Willen. Was schwierig ist, ist das Energiestadt-Label Gold, das gebe ich zu, aber das wollen wir auch gar nicht. Also, ich möchte schon, aber das ist etwas schwierig. Die Finanzen der Stadt Kloten werden mit diesen beiden Kürzungsanträgen nicht saniert. Da bin ich ganz bei Beat Vorburger [FDP], er hat das ja auch gesagt: Das ist nicht wirklich sparen. Sondern es geht hier wirklich um eine Kürzung. Die beiden Massnahmen würden 0.2% von den Gesamtausgaben dieses Budgets beinhalten. Also: Es sind keine Sparanträge, es sind keine Kürzungsanträge, nicht mal das, es sind reine ideologische Anträge, da müsst ihr einfach auch ehrlich sein. Aber der Imageschaden für die Stadt Kloten, der ist enorm. Wenn wir aus diesem Label aussteigen, als wirklich einzige Stadt weit herum. Wir verlieren eine Vorbildrolle. Und das will ich nicht einfach so hinnehmen. Das will auch der Stadtrat nicht einfach so hinnehmen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir weiterhin Energiestadt bleiben müssen. Eine Stadt – Sigi Sommer [SP] hat es gesagt – die CHF 32 Millionen in den Finanzausgleich abgeben muss, der geht es wohl nicht so schlecht. Und was sind CHF 200'000.00 für Energiemassnahmen? Wirklich nicht viel. Über die Hälfte der Städte sind Energiestädte, das ist auch schon gesagt worden. Auf der anderen Seite investieren wir bei anderen Konten für ganz viel und teures Geld in die Standortattraktivität, machen Imageförderung und so weiter. Und mit einem Schlag kann man eine Anstrengung, die genau auch etwas damit zu tun hat, wieder vernichten. Das ist Schizophren, das macht wirklich keinen Sinn. Für das Budget ist der Betrag wirklich wenig. Es ist ein marginaler Betrag. Aber wenn wir ihn nicht mehr haben, sind die Wirkungen doch – sag ich mal – katastrophal. Weil man könnte dieses Geld eben wirksam und sinnvoll einsetzen. Für das Überleben der Stadt Kloten als Energiestadt ist der Betrag fundamental wichtig. Ich bitte Sie darum wirklich, überlegen Sie nochmals ob Sie diese Kürzungsanträge wirklich unterstützen wollen. Ich finde sie sind kurzsichtig und rückwärts gerichtet und hoffe, ich konnte Sie überzeugen.

### **Abstimmung**

Dafür: 17

Dagegen 12

Der Gemeinderat beschliesst, dem Antrag auf Streichung zu folgen.

### **Antrag der GRPK**

**5210.20 Lebensraum Energiestadt / Förderung energetischer Massnahmen**  
**3660.000 Beiträge an Private**  
**Antrag auf Streichung Förderprogramm 2017**  
**Betrag CHF 150'000.00**

Heiri Brändli, GRPK:

Hier muss man nicht mehr viel dazu sagen. Vorhin ist schon sehr viel gesagt worden. Die GRPK hat diese Position intensiv diskutiert und mehrheitlich beschlossen, dass man diesen Punkt aus Spargründen streichen soll.

### **Weiter Wortmeldungen aus der GRPK:**

Reto Schindler, GRPK:

Ich repräsentiere die Minderheit der GRPK.

Leider muss ich schon wieder in dasselbe Bockshorn blasen und mein Unverständnis gegenüber dieser Streichung verkünden. Dieses jetzt im Voranschlag enthaltene Energieförderprogramm ist eine sinnvolle Fortsetzung der bisherigen Förderprogramme 1 von 2010 bis 2013 und 2 von 2013 bis 2016. Das ist der Vorschlag der Energiestadtgruppe mit dem Schwerpunkt Produktion von erneuerbaren Energien. Man ist der Überzeugung, dass die Stadt Kloten auch weiterhin als Energiestadt – aber jetzt nicht mehr als Energiestadt – einen Beitrag zur Erreichung der Energieziele 2050 des Bundes leisten soll. Für eine Minderheit der GRPK ist dies nicht nur eine sinnvolle Sache, sondern sollte auch als „Muss“ betrachtet werden. Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Bestandteil für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele und für das wegkommen von fossilen Brennstoffen. Ein Drittel der Dachfläche in Kloten eignet sich hervorragend für die Produktion von Solarstrom. Man könnte somit sogar 17,6 Gigawattstunden Strom produzieren. Dies entspricht dem Bedarf von 7% der Klotener Einwohner. Auch Teil des Förderprogrammes 2 sind die Unterstützung von Batteriespeichersystemen, Photovoltaikanlagen, Förderung von Elektromobilität und Energieberatungen für Gebäudeeigentümer. Pro Jahr wird mit etwa 10 bis 20 Beratungen gerechnet. Dies sind Erfahrungswerte aus dem vorherigen Förderprogramm. Per Ende 2017 wird Bericht über die Massnahmen und die Auswirkungen erstattet. Für uns sind Fördermassnahmen auf der Ebene der Gemeinde unabdingbar. Die Erreichung der Energieziele 2050 bedingt dazu eine forcierte Zielsetzung, die von allen Playern – Gemeinden, Kantone und Bund – mitgetragen werden müssen. Alle sollen sich im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten daran beteiligen. Die Stadt Kloten ist keine arme Stadt. Auch wir müssen unseren Beitrag leisten. Das vorliegende Förderprogramm ist keineswegs aufgebläht, sondern zeigt sich im Vergleich zu anderen Städten in unserer Region ziemlich bescheiden. Die bürgerliche Sparallianz möchte nicht einmal diesen kleinen Beitrag leisten und übernimmt somit auch die Verantwortung, dass die Stadt Kloten im Abseits steht und sich mit dieser rückständigen Haltung auch gegenüber der kommenden Generationen als geizig und ignorant zeigt.

### **Wortmeldungen aus dem Rat:**

Christoph Fischbach, SP:

An der letzten Gemeinderatssitzung ist von der FDP betreffend eines Vorstosses vorgeworfen worden, man sei in sich nicht stimmig und nicht stringent. Und das ist jetzt genau dieses Verhalten der FDP und diese Anträge, die hier auf dem Tisch liegen, auch nicht. Wegen CHF 5'000.00 für Büromöbel will man ein Zeichen setzen, um dem Stadtrat und der Verwaltung zu zeigen, dass sie sparen müssen oder sparsam mit dem Geld

umgehen sollen. Und gleichzeitig wenn es um Energiesparmassnahmen und Fördermassnahmen geht, da sagt man: Wir brauchen kein Label, wir brauchen kein Förderprogramm, die Stadt kann dies von sich aus machen, selber. Da will man keinen Druck aufsetzen. Da kommt man wieder – man hat es noch nicht gesagt, aber – mit der Selbstverantwortung. Und für mich ist dieses Vorgehen völlig nicht stringent, weil es geht nicht um die Umwelt, es geht nicht um unserer Zukunft, es geht darum, dass man sagen kann, wir haben hier ein paar Franken gespart. Es geht wirklich nicht um die Sache sondern eben, ich es halt wieder sagen, es geht um das Sparen um des Sparens willen. Weil man den Effekt, den man auslöst, gar nicht anschaut Zudem so ein Förderprogramm auch eine Chance wäre für unser örtliches Gewerbe, für das sich eigentlich die Gewerbestellen und die Gewerbevertreter... Ueli [?] du musst nicht lachen. Tut mir leid. Ich sage, es wäre eine Chance. Es ist klar, dass es nicht gegeben ist, dass dieses Geld nur ins örtliche Gewerbe fliesst, dass es auch auswärts fließen kann. Es wäre eine Chance, eine Möglichkeit. Auch wenn es ausserhalb der Gemeindegrenze fliesst, wäre es auch da für das Gewerbe etwas. Darum kann ich auch nicht verstehen, dass da Parteien, die sich für das Gewerbe einsetzen, jeden Franken streichen wollen.

Peter Nabholz, FDP:

Die Energiestadtgruppe, die den Stadtrat in diesem Fall berät... Übrigens werde ich doch sehr gerne einmal eingeladen, an diese Energiestadtmission, ich nehme das wirklich gerne an Priska [Seiler Graf Priska, Stadträtin], das würde mich freuen. Ich möchte immer meinen Horizont erweitern, ich weiss, wir sind alle nicht perfekt. Die Energiestadtmission schlägt mit dem Verweis auf die Wirkung und Erfahrung aus den eigenen Förderprogrammen dem Stadtrat dieses Förderprogramm vor. Im Rahmen der politischen und gesetzlichen Möglichkeiten, Reto [Schindler Reto, Grüne], kann – und ich wiederhole: kann – eine Gemeinde die lokale Energieproduktion von sich aus mit solchen Förderprogrammen steuern. Aber sie muss nicht. Es ist nämlich zu erwarten, dass in den eidgenössischen Lenkungsabgaben auf Nichterneuerbare-Energien ab 2021 das bisherige System zur Förderung der Energiesparung ablösen wird. Voraussichtlich werden auch die momentan in der Vernehmlassung liegenden Mustervorschriften von den eidgenössischen Energiedirektoren 2014 in den nächsten Jahren auch in unserem Kanton verabschiedet. Es ist zu erwarten, dass dann dem Bürger vorgeschrieben wird, dass er fossile Energieträger durch erneuerbare ersetzen muss. Diese Entmündigung steht vor der Türe. Es ist nur noch ein Gutbürger, wer ganz Erdölfrei und CO2-Neutral ist. Es scheint mir auch so, als sei man hier drin geizig, wenn man so etwas in Frage stellt. Die messbare Grösse für den Erfolg der Förderung kann an der Menge des eingesparten CO2 herangezogen werden. Das steht auch im Protokoll des Stadtrates für das Energieförderprogramm 2017. Es wird lediglich eine Einsparung der Treibhausgase durch das Förderprogramm erhoben. Wie viele Treibhausgase von den Verbrauchern eingespart worden sind, die nicht am Förderprogramm teilnehmen, die frei entscheiden, die sich Zeit nehmen, zu einem Facharbeiter in der freien Wirtschaft zu gehen – er muss nämlich nicht Photovoltaik-Spezialist werden, wenn einer sich ein solches Gerät auf die Hütte hinauf machen will – dann ist es auch so, dann kann er in die freie Wirtschaft gehen, dann kann er da... Wo sind denn diese alle zusammen aufgelistet? Die Berechnung der geeignete Dächer für Solarstromanlagen – Reto [Schindler Reto, Grüne] hat es vorhin gesagt – ein Drittel davon tatsächlich auch ausgebaut werden können, was 17,6 Gigawattstunden Stromproduktion pro Jahr beinhaltet, ist optimistisch geschätzt 7% der Stadt. Der freie Markt für Sanierungsprojekte ist somit eng begrenzt. Die Sanierungsmöglichkeiten für Bauherren sind auf Grund der begrenzten Anzahl an geeigneten Objekten irgendwann erschöpft. Es lohnt sich rein rechnerisch nicht, überall einfach den bösen Ölbrenner hinaus zu schmeissen und eine nachhaltige Heizung einzubauen. Das würde sogar von uns Verantwortlichen in der Stadt, in der GRPK, bestätigt. Die Wirkung und die Erfahrung aus den eigenen bisherigen Förderprogrammen geben folgendes Bild und so ist es auch im Protokoll des Stadtrates im Beschluss 157 niedergeschrieben: 1. Die Wirkung der vorherigen Förderprogramme ist mit einer Reduktion von 1,5% auf das Gebäude zu klein, um einen signifikanten Effekt zu erwirtschaften. 2. Es ist in Kloten trotz jahrelanger „Förderprogrammitis“ kein Boom beim Bau von Photovoltaikanlagen zu verspüren. Ebenso steht: Allgemein verlieren die Förderprogramme wie das Gebäudeprogramm, das Wohnprogramm Qualität

Flughafenregion oder auch das auslaufende Klotener Förderprogramm an Wirkung, wenn es gegen den Schluss geht. Es wird im Antrag des Stadtrates sogar festgehalten, dass sich der Einfluss der Energieberatung auf die Umsetzung nur schwer beziffern lässt. Es kann nicht sein, dass in den letzten Jahren nicht nachgefragtes Geld jetzt wieder eingesetzt werden soll, weil es Jahre lang allfällig falsch projiziert wurde. Jetzt wird wieder mit einem staatlich kommunalen subventionierten Projekt, soll dieses Geld wieder versenkt werden. Es tut mir leid, dass ich es so sage, aber es ist so. Schweizweit kommen Projekte nicht mehr in den Genuss von Förderung, da KEV, die kostenlose Einspeisevergütung, seit Jahren ausgeschöpft ist. Das hat auch die hiesige Energiegenossenschaft in die Knie gezwungen. Das ist doch der Beweis, dass solche Subventionen schlicht nicht funktionieren. Und jetzt wollen wir diese nicht zielgerichteten Steuergelder einfach in einem anderen Projekt verdunsten lassen. Das geht nicht.

Damit gelingt, weniger Staat – ich komme zum Schluss – weniger Staat ist gefragt. Wir halten Energieberater und jetzt, in dem budgetierten Projekt, wollen wir auch noch Solarcoaches finanzieren. Obwohl es in der freien Wirtschaft Fachingenieure zur Verfügung hat. Diese planen, prüfen und führen eben solche Energieproduktionsanlagen aus. Im Schlusssatz im Protokoll des Stadtrates vom 25.10. – und dies ist mir jetzt ganz wichtig zu erwähnen – wird eine Energieverordnung erwähnt. Wenn ich auf der Homepage der Stadt Kloten nachschauen gehe, dann erscheint eine Verordnung über die Förderung von energieeffizienten Massnahmen in der Stadt Kloten. Nämlich diese, die Angespart gewesen ist auf das, was wir vor vier Jahren zugesagt haben, vom 2012 bis 2016. Wenn ich auf der Homepage von Kloten schaue, dann ist diese ausgestellt am 18.6.2013 und revidiert am 14.4.2015, welche auf das jetzt auslaufende Förderprogramm hinweist. Ich sehe jetzt aber keine neue Energieverordnung, für das, was wir heute jetzt nachher abstimmen, welche seit dem Juni dieses Jahres im Budget festgehaltenen Förderprogramm 2017 übereinstimmen würde. Es stimmt, ich habe es nicht gesehen, wir haben es nicht gesehen, wenigstens die im Gemeinderat nicht respektive wie im Antrag darauf auch erwähnt worden ist. Ich bin übrigens froh, läuft die alte Verordnung heute in 25 Tagen ab. Denn dort steht wortwörtlich drin: *„Im Rahmen der jeweiligen Finanzkompetenzen können der Stadtrat, die Energiestadtkommission oder die Stadt Kloten im Einzelfall oder für eine spezifische Eigentümergruppe weitere Förderbeiträge beschliessen.“* Nichts gegen die vier Personen aus dieser Energiestadtkommission und diese Firma, die dort dabei ist. Durchaus fähige Leute. Aber ich frage mich, ob uns die Kompetenzen von Kleinkommissionen aktiv und direkt in die freie, liberale Wirtschaft einzugreifen, nicht ein bisschen weit geht. Die Fraktion FDP ist gegen eine von der Energiestadtkommission verordnete und vom Stadtrat lediglich abgenickte Steuerung von Subventionen wie diese Förderbeiträge. Wir sagen geschlossen nein.

**Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung**

Dafür: 17

Mit 17 Stimmen beschliesst der Gemeinderat dem Antrag zu folgen.

Die Ratsleitung ist der Meinung, dass es jetzt 5 Minuten Pause gibt. Wir machen um 20.47 Uhr weiter.

**Antrag der GRPK**

**62**            **Bildung und Kind**

**3510.000**    **Entschädigungen an den Kanton**

**Antrag**       **auf Korrektur BVK Sanierungsbeiträge**

**Betrag**       **CHF 122'000.00**

Pascal Walt, GRPK:

Analog zu der Sachgruppe 32 Finanzen Logistik haben wir auch hier einen BVK Sanierungsbeitrag der als Korrektur ins Budget sollte im Wert von CHF 122'000.00.

**Keine Wortmeldung aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Einstimmigkeit

**Antrag der GRPK**

**7230.20      Infrastruktur      Stighag**

**4360.000     Rückerstattungen**

**Antrag        auf Streichung Rückerstattung**

**Betrag        CHF 1'000.00**

Peter Nabholz, GRPK:

Bei diesem Betrag, obwohl es nur CHF 1'000.00 sind, haben wir in der GRPK doch auch das Gefühl, dass es eine ganz klare Fehlbudgetierung ist und wir darum dies anstandslos streichen können.

**Keine Wortmeldung aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung:**

Einstimmigkeit

#### **Antrag der GRPK**

**7250.10 Bäder Bäder**

**3110.000 Anschaffung Mobilien**

**Antrag auf Streichung Umstrukturierung „Oase der Ruhe“**

**Betrag CHF 45'000.00**

Peter Nabholz, GRPK:

Der Antrag auf Streichung der Umstrukturierung der „Oase der Ruhe“ beim Schwimmbad oben. Bei der Umstrukturierung, wie die „Oase der Ruhe“ vormals im Voranschlag eingegeben hat, ist etwas Unruhe eingeleitet. Und zwar eine Woche vor dem heutigen Tag ist bei uns von der Stadt noch Personen vorbeigekommen von der Geschäftsleitung, die eine komplett neue Ausgangslage präsentiert hat. Wir sind in der GRPK nochmals auf diesen Punkt zurück gekommen, haben nochmals darüber abgestimmt respektive natürlich auch diesen davor nochmals besprochen und sind mehrheitlich auf dem davor bestimmten Kurs geblieben, die Streichung von diesem Beitrag beizubehalten.

**Keine weitere Wortmeldung aus der GRPK.**

**Keine Wortmeldung aus dem Rat.**

**Wortmeldung aus dem Stadtrat:**

Regula Kaeser-Stöckli, Ressortvorsteherin Bevölkerung:

Ich gehe davon aus, dass ihr alle wisst, wo diese „Oase der Ruhe“ ist. Wir sprechen davon, dass im Schwimmbad, wenn man die Treppe hoch kommt, der Bereich hinter den Glaswänden. Wann ist das entstanden? Ich denke diejenigen, die etwas älter sind, schon etwas graue Haare haben, die können sich noch an die 80er-Jahre erinnern. Da ist in der Schweiz in den Schwimmbädern „oben ohne“-Baden bewilligt worden. Dieser Trend ist dann relativ schnell zurückgegangen. Es hat dann aber immer noch so Hardcore-Personen gehabt, die „oben-ohne“ Sonnenbaden wollten. Und dann hat man solche „Oasen der Ruhe“ gemacht, solche Bereiche, in die man eigentlich nicht mehr hineinsehen konnte. Und heutzutage, heute 2016, sind wir etwas an einem anderen Ort. Wir haben die „Oase der Ruhe“ – ich muss ehrlich sagen, dieser Namen stört mich selbst auch, ich habe nicht gerne so „Oasen der Ruhe“, ich bin eher das Quecksilber. Das ist eigentlich völlig nicht mehr zeitgemäss. Wir haben dort oben einen super Platz, super Aussicht auf das Schwimmbad. Die Idee ist, dass man auf zwei Seiten, nämlich die Bereiche vor der Rakete und auf der Seite, dass man diese Scheibe wegnimmt. Selbstverständlich muss man denn einen Haag hinmachen, weil man könnte dort hinunterfallen. Dann will man das etwas aufpeppen. Wir wollen einfach die Möglichkeit haben, diesen Raum, der ja ideal ist, wunderschön gelegen, besser zu nutzen, besser zu vermarkten. Wir können das nicht beziffern, wie viele Personen dann mehr ins Schwimmbad kommen. Aber es ist ein super Ort und es würde sich die Gelegenheit bieten, diesen Ort besser zu nutzen. Und nicht mehr als „Oase der Ruhe“ sondern irgendwie als „Adlerhorst“. Weil von dort oben herunter hat man wirklich ganz eine tolle Aussicht auf unser tolles Schwimmbad, das wirklich schön ist. Gebt uns doch die Möglichkeit, dort aus dem Ort, der jetzt ganz schlecht genutzt ist, etwas zu machen, das man besser nutzt. Man ist ja dafür, Ressourcen gut zu nutzen, was besteht zu nutzen. Und darum, in diesem Sinne, mit ein wenig Geld kann dies besser nutzen und gebt uns – dem Team vom Schluelfweg und mir – bitte den Kredit, dass wir die „Oase der Ruhe“ umgestalten können in

einen was immer. Wir können einen Wettbewerb machen, wie man dem sagen könnte. Ihr seid sicher herzlich eingeladen, wenn denn das zu Stande kommt, zur Eröffnung.

### **Abstimmung**

Dafür 17

Der Antrag wird gutgeheissen.

### **Steuerfuss-Debatte**

Ueli Enderli, GRPK:

Unter Berücksichtigung der Begründung des Stadtrates anlässlich der Budget-Debatte 2015, dass der Steuerfuss nicht jedes Jahr angehoben oder gesenkt werden soll, hat sich die GRPK entschieden, den Steuerfuss auf 105% zu belassen.

Ich beantrage im Namen der GRPK den Steuerfuss auf 105% zu belassen.

**Keine Wortmeldung aus dem Rat.**

**Keine Wortmeldung aus dem Stadtrat.**

**Abstimmung über die Annahme des Steuerfusses 2017 von 105%:**

Einstimmigkeit

Der Gemeinderat beschliesst somit einstimmig die Annahme des Steuerfusses 2017 in der Höhe von 105%

---

### **Rückkommens-Frage**

Wir haben über alle gestellten Anträge sowie den Steuerfuss befunden. Wird ein Rückkommen verlangt?

**Keine Wortmeldung.**

**Schlussabstimmung über den Voranschlag 2017 inklusive aller sieben angenommenen Anträge sowie mit dem Steuerfuss von 105%.**

Dafür        23  
Dagegen     6

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2017 inklusive aller je einzeln abgestimmten und angenommenen Änderungen abgenommen.
2. Der Gemeinderat hat den Steuerfuss 2017 auf 105% festgesetzt.

Bevor wir zum Ende der Sitzung kommen, möchte ich noch kurz Kurt Hottinger nach vorne bitten.

Lieber Kurt, es ist nicht ein Abschied im eigentlichen Sinn und doch irgendwie schon. Du wirst den Gemeinderat auf den 1. Januar verlassen, was wir alle schade finden, weil wir haben dich als kompetenten, kompromissbereiten und aufgestellten Kollegen erleben dürfen. Wir sind aber auch überzeugt, dass du dein Engagement und deine Arbeit gut im Stadtrat machen wirst. Und wir freuen uns, auch in diesem Rahmen mit dir zusammenarbeiten zu können. Und wie vielleicht nicht alle wissen, hat Kurt ein wunderschönes Abziehbild an seinem Auto und zwar steht an seinem Auto „Toggenburg“. Da bin ich mega stolz drauf, weil ich gehe immer ins Toggenburg und schwärme: Es hat nochmals einen Gemeinderat, der zu der Liebe zum Toggenburg steht. Es macht mich natürlich noch viel stolzer, wenn ich jetzt ins Toggenburg kann und sagen kann: Jetzt haben wir sogar einen Stadtrat, der mit einem Toggenburger-Abziehbild herumfährt. Und darum auch ein wenig das Geschenk, das du von uns bekommst: Du bekommst nämlich einen Gutschein für dein Lieblingsrestaurant im oberen Toggenburg, vom Restaurant Gade. Wir wünschen dir guten Appetit und eine gute Zeit, wenn du einmal ins Toggenburg gehst um zu geniessen. Und natürlich bekommst du auch einen Blumenstrauss – ich muss ja nicht sagen, woher wir diese Blumen bezogen haben. Danke Kurt!

Kurt Hottinger:

Ganz herzlichen Dank, dass ich da von euch so reich beschenkt werde. Und ich werde es tatsächlich im Toggenburg gerne geniessen. Ich werde an euch denken und werde auf euch anstossen. Es ist etwas, nicht meine zweite Heimat, aber ich fühle mich dort sehr wohl, das hat Irina [Bannwart Irina, Ratspräsidentin] schon richtig bemerkt, das ist korrekt. Und das Geschenk freut mich riesig, dankedanke vielmals. Ich habe heute eigentlich gedacht, ich möchte noch ein paar Dinge sagen zum ganzen Parlament, liebes Parlament. Aber ihr habt heute Abend alles bewiesen, das ich sagen wollte. Nämlich dass ihr ein Parlament seid – das sagt schon das Wort: Reden – wir haben wirklich viel gesprochen heute Abend, das haben wir alle mitbekommen. Und ihr seid alle top vorbereitet. Ihr seid alle extrem in die Geschäfte eingelezen. Alle von euch, das durfte ich die ganzen zwei Jahre so erleben. Immer top vorbereitet. Wenn jemand nach vorne kommt dann steht er für seine Meinung, er steht für seine Partei, steht dafür ein, war er denkt, wieso ihn die Leute gewählt haben. Man muss nicht immer gleicher Meinung sein – das bin ich auch nicht, mit euch, die immer da steht. Aber ich spüre, dass jeder, der hier nach vorne geht, der kämpft, für seine Meinung, für seine Partei und am Schluss für die Stadt Kloten. Darum geht es. Und das ist ein Parlament, das ich kennen lernen durfte. Ich habe grosse Ehrfurcht vor eurer Arbeit, die ich sehe die ihr macht, auch im privaten, sonst könnte man nicht so gut vorbereitet sein. Es geht auch so weiter in der Kommission, in der GRPK, wo man parteiübergreifend arbeitet und wirklich intensiv arbeitet. Ich bin stolz auch euch! Auch wenn da andere Leserbriefe herumgehen, ich bin stolz auf euch, stolz auf das Parlament in Kloten. Ihr arbeitet für Kloten und kämpft für Kloten. Jeder in seinem Sinn, in seiner Partei, das ist auch gut so, dass braucht es so bei uns in der Schweiz. Man muss nicht immer einverstanden sein, mit allem, was passiert – das ist klar, das bin ich auch nicht. Aber hier drinnen haben alle ein Herz für Kloten und das spüre ich. Zum Schluss darf ich sagen, wir haben alle zusammen miteinander (nicht ganz alle hier drinnen), haben wir schon zweimal für Kloten gewonnen: Wir haben zweimal Bassersdorf im Unihockey geschlagen. Und haben parteiübergreifend einander Bälle zugeschoben, parteiübergreifend Tore verhindert, parteiübergreifend Tore geschossen. Da haben wir schon alle miteinander für die Stadt Kloten gewonnen. Und das spüre ich hier drin. Und ich freue mich riesig, mit euch weiter zusammenarbeiten zu dürfen und freue mich noch mehr, auf mein tolles Ressort, in das ich einsteigen darf, eine ganz tolle Geschichte, auf die ich mich sehr freue. Hiermit wünsche ich euch einen herrlichen Samichlausabend. Danke vielmals.

Irina Bannwart, Ratspräsidentin:

Ich danke euch allen für eure Mitarbeit an dem heutigen Abend. Die Ratsleitung wird Anfangs 2017 kommunizieren, wann die nächste Gemeinderatssitzung stattfinden wird.

**Es gibt keine Einwände gegen die heutige Sitzungsführung.**

**Schluss der Sitzung: 21:05 Uhr**

Für die Richtigkeit:



Rebekka Schütz  
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN



Irina Bannwart  
Präsidentin



Walter Beer  
1. Vizepräsident



Maja Hildebrand  
2. Vizepräsidentin